

Geschichtskorrespondenz

Marxistischer Arbeitskreis zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung
bei der Partei DIE LINKE

Nummer 4/17. Jg.

Mitteilungsblatt

Oktober 2011

Zu diesem Heft:

Der Marxistische Arbeitskreis gedenkt seines langjährigen Mitstreiters Prof. Dr. Uwe-Jens Heuer. Auf zahlreichen seiner Konferenzen und Kolloquien als Referent oder streitbarer und anregender Diskussionsredner aktiv, wird er uns immer in Erinnerung bleiben.

Dieses Heft enthält fast alle Materialien der Konferenz "Das Erfurter Programm 1891. Historische Wirkung und aktuelle Bedeutung": die Vorträge von Robert Steigerwald, Eckhard Trümpler und Nina Hager sowie die auf der Konferenz vorgetragenen Beiträge von Kurt Laser, Ursula Herrmann und Holger Czitrich-Stahl; der Vortrag von Klaus Höpcke (Grundpositionen des Erfurter Programms und die Programmatik der LINKEN) erscheint im nächsten Heft. Diese vorwiegend analytischen Beiträge werden ergänzt durch zwei historische Dokumente: das Programm selbst und das nächst ihm wichtigste, in seiner Bedeutung ebenfalls weit über 1891 hinausreichende Dokument des Parteitages - die Resolution zur Taktik der Partei.

Die Konferenz verdeutlichte die Bedeutung des Erfurter Programms als gleichermaßen wissenschaftlich präzise, gemeinverständliche und konzentrierte Zusammenfassung der theoretischen und praktisch-politischen marxistischen Grundpositionen der revolutionären sozialistischen Bewegung. Nicht weniger deutlich wurde die ungebrochene Aktualität der Kernaussagen des Programms (wie auch der Taktik-Resolution), verbunden mit dem Blick auf weitere und gegenwärtige Entwicklungen und Probleme und in Relation zu den aktuellen programmatischen Diskursen.

Ferner weisen wir (S. 36) auf die nächsten Veranstaltungen des Arbeitskreises sowie die Konferenz "Konnte die faschistische Diktatur in Deutschland verhindert werden?" hin, mit der wir uns dem Zusammenhang von Kapitalmacht, imperialistischer Expansion und faschistischer Gefahr und der Formierung von Gegenkräften zuwenden, einer Problematik von zunehmender Aktualität. Unsere weiteren Vorhaben 2012 werden wir im Januar-Heft vorstellen.

Heinz Karl

Inhaltsverzeichnis

Editorial	S. 1
Dr. sc. Robert Steigerwald Nachdenken anlässlich des 120. Jahrestages des Erfurter Programms der SPD	S. 3
Prof. Dr. Eckhard Trümpler Zu programmatischen Grundlagen der SED	S. 10
Prof. Dr. Nina Hager Grundpositionen des Erfurter Programms und die programmatische Debatte in der DKP	S 18
Programm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Erfurter Programm)	S. 26
Resolution des Erfurter Parteitages 1891 zur Taktik der Partei	S. 28
Dr. Kurt Laser Paul Singer auf dem Erfurter Parteitag 1891	S. 29
Prof. Dr. Ursula Herrmann Der sozialdemokratische Arbeiterverein von Lichtenberg-Friedrichsberg und das Erfurter Programm	S. 32
Holger Czitrich-Stahl Arthur Stadthagens Beitrag als Rechtsexperte der SPD-Reichstagsfraktion zum Erfurter Programm auf dem Erfurter Parteitag	S. 34
Die nächsten Veranstaltungen des Arbeitskreises	S. 36
Vorankündigung der Konferenz "Konnte die faschistische Diktatur in Deutschland verhindert werden?" am 31. März 2012 in Berlin	S. 36

Impressum: Die Geschichtskorrespondenz erscheint vierteljährlich. Sie wird Mitgliedern und Interessenten des Arbeitskreises kostenlos zur Verfügung gestellt - in der Regel per E-Mail.
E-Mail: marxistischer.arbeitskreis@die-linke.de
Neue Interessenten teilen bitte ihre E-Mail-Adresse entweder per Mail an obige E-Mail-Adresse oder per Post an die Redaktion (siehe unten) bzw. eine der in den Einladungen genannten Kontaktadressen mit.
Interessenten ohne E-Mail-Adresse sowie Bibliotheken und wissenschaftliche Institutionen wenden sich an die Redaktion.
Die Geschichtskorrespondenz ist nicht im Buchhandel erhältlich.

Herausgeber: Marxistischer Arbeitskreis zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung bei der Partei DIE LINKE.

Redaktion: Dr. Günter Wehner (V.i.S.d.P.)
Sella-Hasse-Str. 9, 12687 Berlin, Tel. 030-800962148

Gezeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung von Herausgeber und Redaktion wieder. Die nächste Ausgabe erscheint Januar 2012.

Dr. sc. Robert Steigerwald

Nachdenken anlässlich des 120. Jahrestages des Erfurter Programms der SPD

Liebe Genossinnen und Genossen, ich versuche, den Entwicklungsprozess der deutschen Arbeiterbewegung an Hand der programmatischen Dokumente darzustellen, bis hin zum Sieg des Marxismus in der Arbeiterbewegung, wie sich dieser Sieg im Erfurter Programm ausdrückt. Danach will ich den folgenden ideologisch-theoretischen Zersetzungsprozess dieser Partei zeigen, die doch bis dahin das internationale Vorzeigemuster der marxistischen Arbeiterbewegung gewesen ist. Das alles geschieht äußerst verknüpft, weil ich in einem abschließenden Teil auch noch auf heutige Zersetzungsprozesse eingehen will, die zeigen, dass, wenn wir über Erfurt reden, wir auch über uns reden müssen.

Ein Dialog aus Platons Werk "Der Staat":

Sokrates: Nun weißt du doch, dass die reichen Leute ganz außer Angst sind und vor ihren Sklaven sich nicht fürchten?

Glaukon: Was hätten sie auch für Veranlassung zur Furcht?

Sokrates: Keine; aber bist du dir auch klar über den Grund dieser Erscheinung?

Glaukon: Jawohl; er ist dieser: Der Staat steht jedem einzelnen dieser Privatleute zur Seite.

Sokrates: Richtig. Aber gesetzt nun ein Gott entrückte einen dieser Männer, der 50 oder mehr Sklaven hat, aus der Stadt und versetzte ihn mit Weib und Kind und seiner ganzen Habe sowohl mit seinen Sklaven in eine Wüste, wo ihm kein Freier zu Hilfe kommen könnte, welche Vorstellung machst du dir da wohl von der Art und Größe der Todesfurcht für sich selbst, für seine Kinder und sein Weib, in der er vor den Sklaven schwebt?

Glaukon: Sie ist die denkbar größte meiner Ansicht nach.¹

Ich werde später begründen, weshalb ich mit Platon eingeleitet habe.

Das Erfurter Programm der SPD stellt den Höhepunkt dar auf dem Weg der deutschen Arbeiterbewegung zum Marxismus. Auf diesen Weg hat sich die Arbeiterbewegung 1863 mit dem Offenen Antwortschreiben Lassalles (vom 1. März 1863) aufgemacht. Dieses Antwortschreiben führte zur Bildung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins noch im gleichen Jahr in Leipzig. Der nicht geradlinige Weg führte dann über das Eisenacher und Gothaer Programm, von Marx und Engels kräftig, auch durch Ruffel² unterstützt, zum Erfurter Programm und damit zum, wie Lenin einst meinte, Sieg des Marxismus in der Arbeiterbewegung. Beurteilt man den gesamten Weg, so war es vor allem nötig, in der Arbeiterbewegung Klarheit über das Wesen des Staates zu erarbeiten; das war selbst einem August Bebel nicht sofort, nicht ohne Hilfe von Engels klar.

1857 brach im kapitalistischen Europa eine ernste Krise aus. Marx meinte, er müsse seine ökonomischen Studien rasch zu Ende bringen, bevor die Revolution ausbreche, und Engels schrieb ihm, er aktiviere seine militärischen Kenntnisse und Erfahrungen für die zu erwartenden Kämpfe. Er meinte sogar, es könne geschehen, dass die Arbeiterklasse eines Tages in die Verlegenheit gerate, an die Macht zu kommen, noch bevor die abzulösenden Kräfte ihre Aufgaben erledigt haben und nun die Arbeiterklasse sich damit abplagen müsse. Im Land kam es zu Streiks, es wurden überall Arbeitervereine ins Leben gerufen. Die liberale Bourgeoisie wollte solche Vereine zum Kampf gegen Bismarck, Lassalle sie umgekehrt im Bündnis mit Bismarck benutzen, um die liberale Bourgeoisie zu schlagen. Marx aber behielt klaren Kopf und sagte, der einzige wirkliche Bundesgenosse in diesen Auseinandersetzungen sei die Bauernschaft und meinte, die ganze Sache könne auf eine Neuauflage des Bauernkriegs hinauslaufen. Wie man sieht, es war eine turbulente Zeit angebrochen.

Es meldete sich Lassalle zu Wort mit der Forderung, eine eigenständige Arbeiterpartei, eine solche unabhängig von den Liberalen und den kleinbürgerlichen Fortschrittler zu bilden. Übergehen wir die einzelnen Aktivitäten. Aus Leipzig kam die Forderung an ihn, er möge seine Vorstellungen für eine solche Arbeiterpartei entwickeln. Das tat er und das Ergebnis war das Offene Antwortschreiben, gerichtet an jene, die ihn zur Aktivität aufgefordert hatten, also Vahlteich, Fritzsche und andere.

Zum Offenen Antwortschreiben 1863

Seine Bedeutung liegt darin, dass es die Trennung der Arbeiterklasse von der bürgerlichen Fortschrittswegung einleitete, dass Lassalle erkannte, das Bündnis mit dieser sei nicht zureichend für die Verwirklichung der bürgerlichen Revolution, dass diese zu erkämpfen vielmehr die

Aufgabe der Arbeiterbewegung sei. Nötig sei der politische Kampf einer zu bildenden selbständigen Arbeiterpartei. Und es gehe um die Einigung Deutschlands in einer Republik.

Das Antwortschreiben führte zur Bildung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins (ADAV). Sie bedeutete die Gründung einer selbständigen, unabhängigen Arbeiterpartei. Ihre Ziele waren - gemessen an marxistischen Konzeptionen - nicht besonders weitreichend. Das Kernproblem war das des Staates. Lassalle war im Grund nie aus seinem bürgerlich-demokratischen Schatten herausgetreten und hatte sein Staatsverständnis in Anlehnung an die Ideen Fichtes und Hegels gebildet. Derselbe Lassalle, der über Verfassungsfragen redend wusste, dass diese Fragen solche der Macht seien, der über Heraklit schrieb, also griechisch kannte, musste doch den Platon-Dialog aus "Der Staat" kennen, den ich einleitend zitierte und der bewies, dass der alte griechische Philosoph schon vor etwa 2500 Jahren über den Staat das Wesentlichste wusste - und was gar mancher Sozialist selbst heute noch nicht begriffen hat -, derselbe Lassalle ließ sich dennoch leiten von einem Staatsverständnis, das diesen als einheitsstiftende Instanz sah, die zu gewährleisten habe, dass die Arbeit der Bürger es diesen gestatte, von ihrer Arbeit zu leben, sich ungehindert und frei zu bemühen. Der Staat habe also nicht nur die Freiheit und das Eigentum zu schützen, sondern vielmehr durch die solidarische Vereinigung der Einzelnen eine Stufe der Entwicklung herbeizuführen, wozu die Einzelnen nie fähig seien. So müsse der Staat der Idee des Arbeiterstandes dienen, um diese, seine sittliche Natur zu erreichen. Dazu müsse er die politischen Instanzen reformieren, das allgemeine und gleiche Wahlrecht einführen, was mit Notwendigkeit zum Sieg des Arbeiterstandes führen werde. Diese illusionären Staatsvorstellungen führten Lassalle zu der Vorstellung, mit Hilfe staatlicher Kredite könnten Produktivgenossenschaften den Weg zur Befreiung des Arbeiterstandes begleiten. Dies war im Kern die Konzeption des friedlichen Hineinwachsens in den Sozialismus mit Hilfe des preußischen Staates. Kritikwürdig war auch seine Annahme eines ehernen Lohngesetzes, da es den ökonomischen Kampf um die Entwicklung von Gewerkschaften behinderte. Marx und Engels versuchten über Wilhelm Liebknecht dem Einfluss Lassalles entgegen zu wirken.

Lenin sprach Lassalle das Verdienst zu, die Arbeiter dem Einfluss der Bourgeoisie entrissen zu haben. Und als vor dem Kreml ein Obelisk aufgestellt werden sollte, auf dem die Namen der großen Kommunisten und Sozialisten aufgeschrieben sein sollten, da hat Lenin den Namen Lassalle auf die Liste gesetzt, und wenn die Moskauer Bilderstürmer nicht so barbarisch wie die unsrigen waren, wenn also der Obelisk noch an seinem Platz steht, kann man noch heute außer Marx und Engels und viele andere Namen auch jenen Lassalles lesen.

Die Partei der "Eisenacher"

Durch den Nürnberger Vereinstag 1868 vorbereitet, fand im August 1869 in Eisenach, von Bebel vorangetrieben, der auch das Programm geschrieben hatte, der Gründungskongress der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei statt. Dieses Programm orientierte sich im Wesentlichen an den Statuten der I. Internationale und bezeugte die vollständige Trennung der Arbeiter- von der bürgerlichen und kleinbürgerlichen Demokratie- und Fortschrittsbewegung.

Gefordert wurde die Abschaffung der Klassenherrschaft. Das kapitalistische Eigentum wurde als Grundlage von Ausbeutung und Unterdrückung erwiesen, die es zu beseitigen gelte. Die politische Befreiung sei die Voraussetzung der ökonomischen Befreiung. In nicht völlig klaren Worten wird die demokratische Republik gefordert, die ein freier Volksstaat sei, aber noch nicht das Endziel des Wirkens darstelle. Die Partei kämpfte für das Allgemeine Wahlrecht, verband dies mit Forderungen für bürgerliche Freiheitsrechte, Sozialgesetzgebung und Staatskrediten für Produktivgenossenschaften. August Bebel, Wilhelm Liebknecht, die "Eisenacher", hatten sich bis dahin noch nicht wirklich befreit von lassalleanischen Staatsvorstellungen. Die Partei, von Marx und Engels unterstützt, verstand sich als Gegenpol zum ADAV, war aber noch keine marxistische Organisation.

Das Gothaer Programm von 1875

Beide Parteien, die lassalleanische und die Eisenachische, waren im Reichstag etwa gleich stark vertreten und wurden etwa gleich stark verfolgt, unterschätzten theoretische und politische Fragen, folglich auch ihre Gegensätze, hatten es mit einem raschen Wachstum ihrer Organisationen und dem Wunsch nach Zusammengehen von Seiten ihrer Mitglieder zu tun. So wurde, ohne Programmfragen in ihrer ganzen Bedeutung zu verstehen, im Weg von Kompromissen die Ver-

einigung beider Parteien vollzogen. Liebknecht und Bebel waren beide zu dieser Zeit noch "Vor-marxisten"!

Die Beendigung des jahrelangen Bruderkampfes der deutschen Arbeiterbewegung, die Verbreitung der nunmehr geeinten Partei über das ganze Deutschland, die Existenz einer Partei, die einheitlich gegen junkerlich-bourgeoise Ausbeutung und preußischen Militarismus kämpfte, die erstmals in ihrem Programm forderte, die Produktionsmittel in gesellschaftliches Eigentum zu verwandeln, die sich zum proletarischen Internationalismus bekannte - das alles gehört zu den Positiva von Gotha. Es gab wichtige politische und soziale Forderungen, doch waren diese verbunden mit lassalleanischen Staats- und Demokratievorstellungen, so dass insgesamt durch Kompromissformeln wichtige Elemente des lassalleanischen Ideengutes in der Partei verankert wurden. Programmatisch vereinigte das Programm Lassalleanisches mit verballhornten Elementen des "Kommunistischen Manifests". Lassalles unklare demokratische Vorstellungen werden zurückgewiesen. So enthielt das Programm erstmals die Forderung nach Umwandlung der Produktionsmittel in gesellschaftliches Eigentum, es bekannte sich zum proletarischen Internationalismus und entwickelte politische und soziale Forderungen.

Zum Parteitag selbst, zum Programm gab es harsche Kritik von Marx und Engels, die jedoch dank des Wirkens von Wilhelm Liebknecht der Partei verborgen blieben und erst mehr als eineinhalb Jahrzehnte später, im Prozess der Erarbeitung des Erfurter Programms durch eine energische Intervention von Friedrich Engels der Öffentlichkeit bekannt wurden. Diese Kritik gehört neben dem "Kommunistischen Manifest" zu den wichtigsten Grundlagen des Marxismus in Theorie und Politik.

Zum Kern der Kritik. Marx ging von den Lehren der Pariser Kommune in der Staatsfrage aus, entwickelte die sich daraus ergebenden veränderten Bedingungen des Klassenkampfes gegen den preußisch-deutschen Militärstaat und für die proletarische Diktatur. Behandelt wird der Zusammenhang des Kampfes für diese Diktatur des Proletariats und für die demokratische Republik. Erstmals werden zwei sozialökonomische, allgemein-gesellschaftliche und rechtstheoretisch unterschiedliche Entwicklungsstadien einer sich herausbildenden sozialistischen Gesellschaft analysiert.

Das Erfurter Programm von 1891

Man muss das Programm in die Geschichte der sozialistischen Arbeiterbewegung eingegliedert sehen. Es wurde kurz nach der erkämpften Beseitigung des Sozialistengesetzes und in Auswertung dieser Periode heroischen Widerstands gegen staatliche Repression erarbeitet. Außerdem hatten sich die Reste der bürgerlichen Fortschrittler längst Bismarck zugewandt, so dass der Kampf um demokratische Ziele fast ausschließlich auf die Sozialdemokratie übergegangen war. Zugleich aber wirkten Positionen einer linksradikalen Gruppe, die der sogenannten "Jungen", und von Vollmar publizierte Ansichten staatssozialistischer Art in die Partei hinein.

Die staatliche Repression wirkte nicht mehr in Gestalt des Sozialistengesetzes, aber in anderer Weise engte sie das Wirken für das Herankommen an die sozialistische Revolution stark ein, so dass der Kampf sich stark auf den parlamentarischen Rahmen konzentrierte.

Das neue Programm wurde auf dem Parteitag fast einstimmig angenommen. Das wichtigste war, dass es in den beiden Hauptfragen eines jeden wirklichen Sozialismus, der Staats- und der Eigentumsfrage, sich eindeutig auf die Positionen von Marx und Engels stellte. Die Partei erklärte, ihr erstes und Hauptziel sei die Eroberung der politischen Macht.

Das Programm bestand aus zwei Teilen, den ersten, den Grundsatzteil, erarbeitete Kautsky in enger Zusammenarbeit mit Engels, auch mit Bebel. Dieser Teil analysiert den Kapitalismus, skizziert dessen weitere Entwicklung, erörtert Fragen des Untergangs des Kleinbetriebes und der Herausbildung von Monopolen der Produktionsmittel. Er prangert die weitere Unterdrückung der Arbeiterklasse an und schildert das Versinken von Mittelschichten. Dies alles sei verbunden mit immer verheerenderen Krisen und sich verschärfendem Klassenkampf. Die Schlussfolgerung wird gezogen: Nur durch Verwandlung des kapitalistischen Privateigentums an den Produktionsmitteln in gesellschaftliches Eigentum und Umwandlung der Warenproduktion in sozialistische, für und durch das Volk betriebene Produktion kann erreicht werden, dass der Großbetrieb und die stets wachsende Ertragsfähigkeit der gesellschaftlichen Arbeit für die bisher ausgebeuteten Klassen aus einer Quelle des Elends und der Unterdrückung zu einer solchen der höchsten Wohlfahrt und all-

seitiger, harmonischer Vergesellschaftung werden. Die Partei wende sich gegen jede Art Diskriminierung namens des Geschlechts oder Rasse.

Dem Grundsatzteil - seine Knappheit und Klarheit wurden von keinem späteren Programm der deutschen Sozialdemokratie wieder erreicht! - folgte ein kommentierender und praxisbezogener von Bernstein verfasster Teil. Gefordert wird die Erweiterung der bürgerlich-demokratischen Rechte; die Entscheidung über Krieg und Frieden obliege allein der Volksvertretung. Gefordert wurden Frauenwahlrecht, Achtstundentag, sozialpolitische Maßnahmen. Das Programm orientierte also nicht nur auf das Ziel der sozialistischen Revolution, sondern verband dieses Wirken mit dem Kampf auch um Reformen zur Verbesserung der Alltagsbedingungen des Lebens der Massen. Ziel und Weg zum Ziel wurden als eine dialektische Einheit, der Reformkampf als an den revolutionären Bruch heranführend verstanden. Der Revisionismus sollte später beide Teile auseinanderreißen und erklären, da sei ein Widerspruch vorhanden, und setzte hier mit seinen Abbaubemühungen, seiner allmählichen Aushöhlung und schließlichen Zersetzung des marxistischen Charakters des Programms an, wobei sich insbesondere Bernstein und Vollmar hervortaten.

Das Görlitzer Programm (September 1921) (Hauptautor Eduard Bernstein)

Das Programm fußt auf dem Bekenntnis zur Weimarer Republik als Boden für den Kampf um Reformen, die zum Sozialismus führen. Als Hauptforderungen findet man: Sozialisierung des Grund und Bodens, der Bodenschätze, Kontrolle des Reiches über den Besitz an Produktionsmitteln. Der Klassenkampf sei notwendig und eine sittliche Forderung. Die Eigentumsfrage wird in abgeschwächter Form aus dem Erfurter Programm übernommen, indem es nur noch um die "Überführung" der Großbetriebe in "Gemeinwirtschaft" gehen soll. Ergänzt wird das durch geforderten Ausbau der Sozialpolitik, die gesetzliche Festlegung des Achtstundentages. Nötig seien die Demokratisierung der Rechtspflege, die Trennung von Staat und Kirche. Zum Charakter der Partei heißt es: Sie sei eine solche des Volkes in Stadt und Land.

Das Heidelberger Programm von 1925 (Hauptautor Karl Kautsky)

Dieses Programm stellt eine Rückkehr zu wichtigen Positionen des Erfurter Programms dar: Es fordert den Sozialismus. Dieses Ziel könne nur erreicht werden durch Verwandlung des kapitalistischen Eigentums in gesellschaftliches. Der Weimarer Staat sei dafür der günstigste Boden. Unter den Aktionsforderungen finden wir: Kontrolle des Reiches über die Kartelle und Trusts. Bei der Begründung des Programms bewertet Hilferding die Monopolbildung als Tendenz zur Organisation des Kapitals, was zur Überwindung der kapitalistischen Anarchie, zur Planmäßigkeit der Produktion führe. Das ermögliche es, die Monopole den gesellschaftlichen Interessen zu unterordnen. Die Interessen der Arbeiter seien durch Wahlen, auch durch Mitarbeit in Koalitionsregierungen vertretbar. Im Programm finden sich auch konkrete Forderungen, die im Interesse der Arbeiter lagen, wie Ausbau der Sozialpolitik, Demokratisierung von Staat, Justiz und des Schulwesens.

Insgesamt war dies ein dem Revisionismus geschuldetes kleinbürgerliches Programm. Doch in diesem widerspiegelt sich auch die internationale Wirkung der Oktoberrevolution, indem auf eine Art "dritten Weg" zwischen Imperialismus und Sozialismus orientiert wird.

Das Prager Manifest vom Januar 1934

Dieses Manifest stellt nach dem Erfurter Programm die wichtigste theoretisch-politische Festlegung der SPD dar, enthält Aspekte der Rückkehr zu wesentlichen theoretischen, politischen, programmatischen Grundlagen antiimperialistischer, sozialistischer Art.

Die Partei wird gekennzeichnet als eine solche des revolutionären Sozialismus, die für den Sturz der Nazis durch revolutionären Massenkampf und die Zerstörung der sozialen, monopolkapitalistischen Wurzeln des Faschismus wirke. Ziel sei der Aufbau eines demokratischen und sozialistischen Deutschlands, das sich für die Einheit der Arbeiterklasse, gegen Kriegsgefahr und chauvinistische Verhetzung wende, für Frieden und Abrüstung eintrete. In diesem Zusammenhang übte das Manifest harte Kritik an den Fehlern der SPD von 1918/19, an ihrer Verhinderung der Arbeitereinheit, an ihrem Versagen im Kampf gegen die zur Macht drängenden Nazis.

Das Schicksal dieses Manifests ist äußerst bezeichnend. Während Erich Ollenhauer und Hans Vogel (SPD-Vorsitzender) noch 1944 erklärten: "Die Programmklärung ist durch die umwälzenden Ereignisse, die wir seit 1934 erlebt haben, nicht überholt oder widerlegt worden. Im Gegenteil: Das Programm hat heute eine noch größere aktuelle Bedeutung als zur Zeit seiner Ausarbeitung und Veröffentlichung."³ - erklärt das von der SPD-Führung herausgegebene (ansonsten in Teilen

durchaus informative!) "Lexikon des Sozialismus": "Da die Politik, die in diesem Manifest proklamiert wird, Entwicklungen voraussetzte, die nicht eintraten, verlor das Dokument sehr bald jegliche praktische Bedeutung."⁴ Kein Wort darüber, was das denn eigentlich besagt ... dieses: diese Entwicklungen seien nicht eingetreten? Warum sind sie denn nicht eingetreten? Und welche statt dessen?

Das Godesberger Programm von 1959

Beachtet man, dass das Prager Manifest faktisch ignoriert wurde, so war das Heidelberger Programm von 1925 bis zum Godesberger Programm gültig. Ein Aktionsprogramm aus dem Jahre 1954 diente als Vorarbeit zum Godesberger Programm von 1959.

Das Programm bekennt sich zur parlamentarischen Demokratie und zur Abgrenzung vom Kommunismus. Es fordert den Schutz der Freiheitsrechte des Individuums und das Streben nach sozialer Gerechtigkeit und Solidarität gegenüber den Schwachen. Ihm liegt die Förderung von Wirtschaft und Bildung am Herzen und der Brückenschlag zu den Kirchen. Es rechtfertigt die Landesverteidigung der - aber doch von niemandem bedrohten - Bundesrepublik, ergänzt dies durch Wirken für internationale Entspannung, Abrüstung und Ächtung von Massenvernichtungswaffen. Es will die Einbeziehung Deutschlands in eine Europäische Entspannungszone. In der Ökonomie feiert es den freien Wettbewerb und das Privateigentum an den Produktionsmitteln. Allerdings sei Gemeineigentum als legitime Form öffentlicher Kontrolle sinnvoll - was das jedoch heißt, bleibt im Nebel des Unverbindlichen. Der Sozialismus sei nicht das Endziel, sondern eine dauernde Aufgabe. Da haben wir ihn also wieder, den Bernsteinschen Weg ohne Ziel, ins Nirwana.

Das Programm wird, wie es in allen bürgerlichen und konservativen Programmen auch ist, eingeleitet durch unhinterfragtes Grundwerte-Gerede. Das erinnert mich an einen alten Witz aus der Nachkriegszeit. Damals stopften wir, weil es nichts anderes gab, alles nur Brennbare in das Zigarettenpapier und sagten dazu: "Schönen Gruß vom Förster: Es ist alles drin!" Das gilt auch für dieses Programm mit *einer* Ausnahme: Sozialismus ist nicht drin.

Der Orientierungsrahmen '85

Dieser Orientierungsrahmen sollte ein Langzeitprogramm für konkrete sozialdemokratische Reformpolitik umreißen. Es war in Jahren von wohlbestallten Professoren erarbeitet worden und wir haben uns mit Genuss daran gemacht, es durch die jungen Wissenschaftler unseres IMSF auseinandernehmen zu lassen. Sie brauchten dazu nicht Jahre, ein Monat hatte gereicht. Sie mussten sich allerdings des Marxismus als Orientierungs- und Arbeitsmittel bedienen. Diese Arbeit erwies sich aber als völlig überflüssig, denn die Bedingungen entwickelten sich rasch so, dass auch die SPD-Führung erkannte, es gebe derzeit nichts zu prognostizieren, man werde sich mit einem solchen Text nur noch lächerlich machen. Der Orientierungsrahmen, mit großem Trara hinausposaunt, war eine Luftnummer geworden.

Einige Schlussbemerkungen

Das Programm von Erfurt war der Höhepunkt in der theoretischen, politischen und programmatischen Entwicklung der SPD und einer der Beiträge, die ihren internationalen Ruhm und ihre Beispielwirkung begründeten. Lenin hat sich sehr lobend zu diesem Programm geäußert. Schon wenige Jahre danach setzte der Ablösungsprozess von Programm und Marxismus ein: Alle Grundbausteine Erfurts wurden im Laufe eines allmählichen Prozesses zerstört. Dies geschah durch persönliche Träger wie Bernstein, Vollmar und auch internationale Persönlichkeiten. Dazu kamen auch allgemein-gesellschaftliche Gründe.

Zentrale ideologische und theoretische Probleme traten in diesem Entwicklungsprozess zutage. Erstens das Problem des Staates. Erst im Erfurter Programm ist dazu klar Position bezogen worden, wie auch zur zweiten Grundsäule des Sozialismus, zur Eigentumsfrage. Aber im weiteren Verlauf der Parteientwicklung sollte es sich zeigen, dass es kein wirklich zutreffendes Gesamtverständnis des Marxismus gab. Insbesondere fehlte dies bezogen auf die marxistische Philosophie.

Denn der Angriff auf den Marxismus und damit auch auf das Erfurter Programm wurde nicht auf politischem, nicht auf praktischem, sondern auf philosophischem Feld eröffnet. Im bürgerlichen Lager sah man das rasche Wachsen selbst der verbotenen SPD. Man bemerkte, dass das Sozialistengesetz seine Schärfe mehr und mehr verlor. Nicht nur wurde Bismarck abserviert, der junge Kaiser machte Anfangs wirklich Versuche auf sozialpolitischem Gebiet, die als ein Zugehen auf die SPD verstanden werden konnten.

Aber die Ideologen erkannten, dass man nicht auf der Oberfläche der Auseinandersetzungen bleiben durfte, sondern in die Tiefen der Philosophie eintauchen musste. Otto Liebmann schätzte mit seinem Buch "Kant und die Epigonen" (1865) die Lage der bürgerlichen Kräfte in der Konfrontation mit der wachsenden Arbeiterbewegung so ein: Wir befinden uns in der Situation einer Armee nach verlorener Schlacht. Und er betonte am Ende eines jeden Kapitels dieses Buches: "Es muss auf Kant zurückgegangen werden." Mit Kant gegen Marx, das wurde die Parole des sich herausbildenden Revisionismus. Conrad Schmidt, Woltmann und andere begannen ihre Angriffe gegen den Marxismus auf diesem philosophischen Gebiet und Eduard Bernstein wurde ihr getreuer Schildknappe. Nur die aus dem russischen Hegelianismus herkommenden Plechanow und Lenin erkannten die hierin liegenden Gefahren und kämpften dagegen an, oft gerade durch Kautsky in diesem Kampf behindert.

Die deutschen Linken - sie führten einen gründlichen, scharfen, harten Kampf auf dem Gebiet des Imperialismus und Militarismus, des Kolonialismus und des Krieges, ihre Führer wurden deswegen von konterrevolutionären Banditen ermordet. Adenauer sollte später diese Morde als Hinrichtungen rechtfertigen! Dieses Schicksal darf uns aber nicht davon abhalten zu sagen: Die deutschen Linken hatten kein wirklich tiefes Verständnis der marxistischen Philosophie, ihre Kritiken an den Bernsteinianern bewegten sich nicht auf dem marxistisch-philosophischen Feld, verfehlten insofern das theoretische des antimarxistischen Kurses.

Dieser Kampf gegen den Marxismus ist deutlich wahrnehmbar in einer umfangreichen Darstellung der Geschichte des Materialismus durch Friedrich Albert Lange. Er, der sogar Kontakt mit Marx hatte, geht auf keiner Seite auf die materialistische Philosophie Marxs ein - er hatte sie offensichtlich nicht einmal als Philosophie erkannt. Aber in Nach- bzw. Vorworten zu dieser Geschichte kann man - dies sind nur einzelne Beispiele, doch dieser "Geist" durchdringt beide Bände der "Geschichte des Materialismus", insbesondere jene Teile, die Hermann Cohen zum Autor hatten - folgendes lesen (Autor war Hermann Cohen aus dem Bereich des Marburger Neukantianismus): "Es gibt nur ein Mittel, der Alternative des Umsturzes oder einer finsternen Stagnation zu begegnen: Dies Mittel besteht aber nicht ... in Kanonen, die gegen Sozialisten und Demokraten aufgeföhren werden; sondern einzig und allein in der rechtzeitigen Überwindung des Materialismus."⁵ Und derselbe Autor: "Mit dem Atheismus verliert der Sozialismus seine Spitze, sein Dach, wie mit dem Materialismus seine Basis, sein Fundament."⁶

Wie stand es um die philosophische Ausrüstung der marxistischen Kräfte in der SPD? Franz Mehring, der wohl philosophisch Gebildetste unter den deutschen Linken, äußerte sich in seinen Gesammelten Schriften und Aufsätzen zum Marxismus: "Der mechanische Materialismus ist auf naturwissenschaftlichem Gebiet das wissenschaftliche Forschungsprinzip, wie es auf gesellschaftlichem Gebiet der historische Materialismus ist."⁷ "Marx und Engels sind ... um die Sache klipp und klar auszudrücken, auf naturwissenschaftlichem Gebiet mechanistische Materialisten gewesen, wie auf gesellschaftlichem Gebiet historische Materialisten."⁸

Karl Kautsky, der Hauptautor des Hauptteils des Erfurter Programms, meinte schon wenige Jahre nach dem Erscheinen des Programms, Marx hätte das Ende der Philosophie verkündet. "Die materialistische Geschichtsauffassung bedeutet nichts anderes als die Anwendung dieser Methode auf die Gesellschaft"⁹; "... dass der ökonomische und historische Standpunkt von Marx und Engels zur Not auch mit dem Neukantianismus vereinbar" sei.¹⁰ Und: Man könne die materialistische Geschichtsauffassung mit verschiedenen philosophischen Konzeptionen verbinden; sie sei an keine bestimmte Philosophie gebunden, und er nennt Realismus, Monismus, Sensualismus, Positivismus, Empirismus und Empirioskritizismus. So im ersten Band seiner groß angelegten "Die Materialistische Geschichtsauffassung".¹¹

Rosa Luxemburg: "Von einem mehr oder weniger ausgearbeiteten Lehrgebäude kann bei Marx nur auf dem ökonomischen Gebiete die Rede sein. Dagegen, was das Wertvollste seiner Lehre betrifft, die materialistisch-dialektische Geschichtsauffassung, so stellt sie nur eine Forschungsmethode dar, ein paar leitende geniale Gedanken ..."¹²

Bernstein, unter dem Einfluss des Neukantianismus: "Die angeblichen Widersprüche in der Natur offenbaren sich ... jedes Mal als bloße Widersprüche in der Anschauung der Natur."¹³ Dialektik sei bloße Forschungsmethode, "Hilfsmittel der Untersuchung faktischer Tatsachen" (was aber unfaktische Tatsachen sein könnten, verrät uns Bernstein nicht). Die Rede ist von den "Fallstricken der hegelianisch-dialektischen Methode".¹⁴ "Was Marx und Engels Großes geleistet haben, haben sie nicht vermöge der Hegelschen Dialektik, sondern trotz ihrer geleistet."¹⁵

Mit solcher Zurüstung war dem neukantianischen Revisionismus nicht beizukommen. Und es zeigt sich, dass zu den Gründen, die Lenin zum dritten Klassiker des Marxismus werden ließen, sein tiefes Eindringen in die marxistische Philosophie gehört. Er hatte schon in der Verbannung Hegels "Phänomenologie" studiert. Alle seine Arbeiten sind auch solche zu Problemen der Philosophie. Davon zeugen "Was tun?" ebenso wie der "Empiriekritizismus" und insbesondere seine "Philosophischen Hefte".

Doch es gab nicht nur theoretische und ideologische Gründe für diesen Niedergang, sondern auch materiell-gesellschaftliche Probleme und Wirkungen. Die Partei wuchs, Siegesgewissheit breitete sich aus, es war dies die Zeit, in der solche Bedingungen heranreiften, die Bebel sagen ließen: "Den Sozialismus in seinem Lauf hält weder Ochs noch Esel auf!"

Es ist wahr, Opportunismus und Reformismus sind in die Arbeiterklasse vor allem durch die Schleusen der gewerkschaftlichen und der parlamentarischen Arbeit gelangt. Durch die gewerkschaftliche Schleuse, weil es durch zähen Kampf auf dem sozialökonomischen Gebiet gelang, gewisse Erfolge für die arbeitenden Massen zu erreichen und dies zu der Illusion verleitete, auf diesem Weg doch mehr für die Arbeiterinnen und Arbeiter herauszuholen, als durch das ständige Wirken für die Revolution, die ja dann auch noch immer auf sich warten ließ. Man kennt es doch, das Wort: "Der Spatz in der Hand ist mir wichtiger als die Taube auf dem Dach!" Es kann nicht bestritten werden, dass der zähe Kampf auf sozialökonomischem Feld, das Wirken der Gewerkschaften den arbeitenden Massen Erleichterung und Verbesserung brachte.

Und Analoges ist zur parlamentarischen Arbeit zu sagen. Bebel war ohne Zweifel die beherrschende Persönlichkeit des Deutschen Reichstags. Es gibt dazu eine Bemerkung des alten Mommsen. Jedermann in Deutschland weiß, "dass mit einem Kopf wie Bebel ein Dutzend ostelbischer Junker so ausgestattet werden könnte, dass sie unter ihresgleichen glänzen würden".¹⁶ Und Bebel war nicht der einzige glanzvolle sozialdemokratische Abgeordnete. Da gab es Paul Singer, oder später Karl Liebknecht, um nur ihre Namen zu nennen. Ihre Tätigkeit auf dem Boden der rasch wachsenden Sozialdemokratie bewog Bismarck, die sogenannten Sozialgesetze auf den Weg zu bringen, und als er sagte, das geschehe, um den wachsenden Zustrom zur SPD einzudämmen, entgegnete ihm im Reichstag Bebel: Damit geben Sie zu, dass wir Sie dazu gezwungen haben, diese Gesetze zu schaffen. Im Wahlkampf zum Reichstag mischte sich der Kaiser mit Stellungnahmen zu sozialen Fragen ein in der Hoffnung, damit der SPD den Wind aus den Segeln zu nehmen. Und wie reagierte die SPD darauf? "Die Arbeiterklasse in Deutschland ist eine Macht geworden. Auf diese Tatsache drücken die Erlasse des deutschen Kaisers ihr bestätigendes Siegel, ein Akt, dessen geschichtliche Bedeutung zu verkleinern wir absolut keinen Grund haben. Die beiden Erlasse sind eine Anfeuerung zum mutigen Ausharren und rastlosen Weiterkämpfen, wie wir sie uns nicht besser wünschen können ..."¹⁷

Auf diesem Boden der rasch stark und stärker werdenden SPD verbreitete sich die Hoffnung, dieses ständige mechanische Anwachsen ebne den Weg in den Sozialismus so sehr, dass sich das Revolutionsproblem immer mehr und mehr in ein Thema der Rhetorik verwandelte. Im Ergebnis wartet die Menschheit noch immer und vergeblich darauf, ob sich das frisch-fromm-fröhliche Hineinwachsen der alten Sauerei in den Sozialismus¹⁸ (Engels) mal bewahrheite. Doch dieses Warten wurde dadurch belohnt, dass sich die alte, stolze, sieggewöhnte deutsche Sozialdemokratie längst, um ein Wort Oskar Lafontaines zu benutzen, in eine Spaßpartei des Kapitals verwandelt hat.

Noch eine nötige Schlussbemerkung! Glaubt nicht, dass ich in die Rolle eines Museumsverwalters schlüpfte, der die Schätze seines Museums zeigen will; es geht um Gegenwärtiges! Ich erinnere mich beispielsweise der Rede der damaligen PDS-Vorsitzenden Gabi Zimmer, in der sie die programmatischen Positionen der Partei vorstellte und dies mit Grundwerten einleitete. Wie noch stets beim neukantianischen Revisionismus ersetzt auch Gabi Zimmer die gesellschaftliche Herleitung und Begründung politischer Arbeit einer sozialistischen Partei durch Rückgriff auf eine werttheoretische Begründung der Politik. Unter philosophischem Gesichtspunkt werden hier die ideologisch-gesellschaftlichen Verhältnisse gegenüber den materiell-gesellschaftlichen als primär angesehen. Oder in die Sprache der Philosophie übersetzt heißt dies, in Anwendung der berühmten philosophischen Grundfragen nach dem Verhältnis des Materiellen und Ideellen, das Ideelle als grundlegend zu werten. Genau in dieser Weise stellt auch Frau Merkel - und nicht nur sie - die Frage; der Unterschied dürfte nur darin bestehen, dass Frau Merkel, wenn sie von Werten redet, Mehrwerte meint, das unterstelle ich Frau Zimmer nicht.

Ich will damit nur zeigen, dass das, was vor 100 Jahren sich entfaltete, keineswegs der Vergangenheit angehört. Denn es gibt solcher Art Umgang mit der gesellschaftlichen Realität nicht nur in Kreisen der Linkspartei, sondern auch im Umfeld meiner Partei. Wenn es in der "Unsere Zeit" in einem Grundsatzartikel eines gewichtigen Autors heißt, er orientiere sich nicht an der marxistischen Theorie gesellschaftlicher Gesetze, und er dies mit den bis aufs Wort, wirklich haargenau! gleichen Argumenten macht, wie dies der Neukantianismus gegen Ende des 19. Jahrhunderts machte, und wenn dann derselbe Autor mitteilt, sein Institut - das hervorragende empirische Arbeit leistet - wirke aber auf der Grundlage dieser Absage an die Marxschen Gesetze, so ist das kein Kavaliersdelikt. Gewiss, für empirische Arbeit, für das Sammeln empirischen Materials muss man nicht unbedingt die Marxschen Gesetze der gesellschaftlichen Entwicklung nutzen, das geht auch rein positivistisch. Aber wenn man daraus Schlüsse ziehen will, spielt der Theorierahmen, der angewendet wird, die entscheidende Rolle. Und über Fehlschlüsse aus richtigem (!) empirischen Material, die sich aber aus einem falschen Theorierahmen ergeben, darf man nicht den Mantel der christlichen Nächstenliebe decken. Mit diesen wenigen Hinweisen will ich nur verdeutlichen, dass wir auch über uns reden, wenn wir über das Erfurter Programm, seine Zusammenhänge reden.

Anmerkungen

- 1 Platon, Der Staat, Leipzig 1978, S. 390.
- 2 Hier ist vor allem auf Marx' Kritik am Entwurf des Gothaer Programms zu verweisen.
- 3 Das Prager Manifest von 1934, in: Schriftenreihe Sozialistische Korrespondenz, Hamburg, Heft 3, S. 17.
- 4 "Lexikon des Sozialismus", Bund-Verlag, Köln 1986, S. 504.
- 5 F. A. Lange, Geschichte des Materialismus, Leipzig, Band 2, S. 538.
- 6 Ebenda, Band 1, S. 527.
- 7 Fran Mehring: Neulamarckismus und mechanischer Materialismus. In: Des., Philosophische Aufsätze, Berlin 1961, S. 246.
- 8 Ders.: Historischer Materialismus. In: Ebenda, S. 430.
- 9 Karl Kautsky so in einem "Brief über Marx und Macht" (26. 3. 1909), in: Der Kampf, Wien 1909, in: Ein Brief über Bernstein an Plechanow", 22. 5. 1888.
- 10 Derselbe, in: Der Kampf, 1925, S. 2.
- 11 Derselbe, in: "Die Materialistische Geschichtsauffassung", 1927 und 1929, Band 1, S. 354.
- 12 Rosa Luxemburg: Stillstand und Fortschritt im Marxismus. In: Werke, Bd. I/2, S. 354.
- 14 Eduard Bernstein: Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie, Berlin (1991) S. 34.
- 15 Ders.: Dialektik und Entwicklung. In: Ders., Zur Theorie und Geschichte der Sozialdemokratie, Teil 3, S. 77.
- 16 Heinrich A. Winkler zitiert diese Worte des bedeutenden progressiven Historikers Theodor Mommsen in "Der lange Weg nach Westen", Bd. 1, S. 309.
- 17 Aus einem Artikel in "Der Sozialdemokrat" vom 15. Februar 1890.
- 18 Friedrich Engels in einem Brief an Karl Kautsky vom 29. Juni 1891. In: K. Marx/F. Engels: Ausgewählte Briefe, Berlin 1953, S. 517.

Prof. Dr. Eckhard Trümpler

Zu programmatischen Grundlagen der SED

I.

Wie schon aus der Formulierung meines Themas ersichtlich ist, versuche ich nicht einmal im Ansatz, einen annähernd geschlossenen Überblick über die Entwicklung der Programmatik der SED zu geben. Deshalb gehe ich auf einige Themenkomplexe überhaupt nicht ein, so auf den Kampf für den Frieden und gegen den Imperialismus, auf die Staatsfrage, die Bündnispolitik, die nationale Frage¹ und andere. Ich trage einige Gedanken vor und nenne Fragen, die sich aus meiner Sicht heute - nach dem Scheitern des Sozialismus und der Restauration imperialistischer Verhältnisse in Russland und anderen ehemals sozialistischen Ländern - mit dem Blick in die Zukunft aufdrängen.

Einleitend ist festzustellen, dass die SED bei der Bestimmung ihrer Programmatik sich auf grundlegende Erkenntnisse und wichtige - positive wie auch negative - Erfahrungen stützen konnte.

Das waren zuerst und vor allem die fundamentalen Ideen von Karl Marx und Friedrich Engels sowie führenden Persönlichkeiten der deutschen revolutionären Sozialdemokratie wie August Bebel, Karl Kautsky, Franz Mehring, Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht und Clara Zetkin über die kapitalistische Gesellschaft und den Kampf für ihre Überwindung, aber auch Vorstellungen über die neue, zu erstrebende sozialistische Gesellschaft.

Das waren zweitens die von W. I. Lenin sowie einigen seiner Zeitgenossen begründeten und verwirklichten Merkmale einer den veränderten Bedingungen entsprechenden Partei, einer, wie es hieß, Partei neuen Typus. Dazu gehörten weiter die Erkenntnisse über den Imperialismus, die auf der Grundlage der vor und seit der Oktoberrevolution 1917 in vielen Ländern gewonnenen Erfahrungen formulierten Aufgaben im Kampf gegen Imperialismus und Krieg, zum Sturz des Zarismus und anderer reaktionärer Regime. Von besonderem Nutzen waren auch die über den Zusammenhang zwischen bürgerlich-demokratischer und proletarischer Revolution, über die Befreiung von nationaler und kolonialer Unterdrückung und über den proletarischen Internationalismus, und schließlich die Erkenntnisse über die Erfordernisse und Aufgaben bei der Schaffung der ersten Grundlagen einer neuen, der sozialistischen Gesellschaft in Russland einschließlich der Außen- und Militärpolitik des Sowjetstaates.

Das waren drittens, aus dem soeben Gesagten hervorgehend, die Programmatik der 1919 gegründeten Kommunistischen Internationale, die in den ersten Jahren Lenin entscheidend prägte, nach dessen Tod letztlich J. W. Stalin bestimmte. In dem Maße, wie sich die Auseinandersetzung mit der Sozialdemokratie entwickelte, die Spaltung der Arbeiterbewegung verfestigte und zugleich wichtige Erkenntnisse Lenins ignoriert und missachtet wurden, nahmen auch fehlerhafte Schlussfolgerungen zu. Es war der VII. Weltkongress der Komintern 1935, der vor allem dank der Leistungen Georgi Dimitroffs, Palmiro Togliattis, Wilhelm Piecks und anderer eine Wende vollzog. In harten Auseinandersetzungen erfolgte eine gründliche Einschätzung der neuen Situation, die sich aus den Niederlagen vor allem der KPD wie auch anderer Parteien und der Arbeiter- und demokratischen Bewegung in ihrer Gesamtheit im Kampf gegen den Faschismus und faschistoide Regime ergab, verbunden mit einer selbstkritischen Analyse der von der Komintern und ihren Sektionen verfochtenen Politik. Daraus erwuchs die schöpferische Anwendung der von Lenin entwickelten Grundsätze über die Einheitsfront- und die Bündnispolitik, über die Wechselwirkung von demokratischer und sozialistischer Revolution sowie über die Befreiung von nationaler und kolonialer Unterdrückung im Kampf gegen Faschismus, Imperialismus und Kriegsgefahr.

Diese internationalen und insbesondere auch von der KPD selbst in opferreichem Einsatz gegen den Hitlerfaschismus gewonnenen Erfahrungen führten zu Korrekturen und zur den veränderten Bedingungen entsprechenden Weiterentwicklung ihrer Politik - ihrer strategischen, taktischen und programmatischen Vorstellungen. Das fand seinen Ausdruck vor allem auf der vom 3. bis 15. Oktober 1935 in Kunzewo bei Moskau durchgeführten "Brüsseler Konferenz". Die fast dreieinhalb Jahre später, vom 30. Januar bis zum 1. Februar 1939 in Draveil (bei Juvisy/Seine, südlich von Paris) durchgeführte "Berner Konferenz" bereicherte diesen Kurs der Partei vor allem durch die Formulierung des Programms einer neuen deutschen demokratischen Republik, die nach dem Sturz der Hitlerdiktatur aus dem gemeinsamen Kampf von Kommunisten, Sozialdemokraten und allen anderen Antifaschisten hervorgehen sollte. Damit und mit weiteren Ausarbeitungen und Beschlüssen, besonders seit 1943, rüstete sich die KPD, die dann mit der Befreiung Deutschlands 1945 eröffnete Chance für den Weg der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung zu nutzen.

Auf die programmatischen Vorstellungen der KPD - und dies traf in der Folge ebenso für die SED zu - wirkten ständig zwei Faktoren und Fragenkomplexe ein: Wie reflektierte die Partei die sich wandelnden objektiven Bedingungen? Wie analysierte sie die Ursachen ihrer Erfolge, aber auch - und das war viel wichtiger, komplizierter und schmerzhafter -, welche ihrer Ziele vermochte sie aus welchen Gründen nicht zu realisieren? Welchen Einfluss nahm die stärkste, die entscheidende Kraft der internationalen revolutionären Bewegung - der KPdSU - auf die KPD und die SED, wie funktionierte die Wechselwirkung zwischen beiden Seiten, welche Prinzipien wurden dabei realisiert, welchen Nutzen und welche Vorteile, aber auch welche fehlerhaften Orientierungen und in das Leben der Partei eingreifenden Belastungen brachte dies? Schließlich: Wie groß war der

Entscheidungs- und Handlungsraum der Partei? Und letztlich: Welchen eigenen Beitrag brachten die KPD und vor allem die SED in den internationalen Erfahrungs- und Erkenntnisschatz ein?

II.

Nun zu einer wichtigen Entscheidungssituation, zu einer Zäsur in der Geschichte der Programmatik der Partei: zum Beginn der sechziger Jahre.

Der VI. Parteitag im Januar 1963 erfüllte die schon siebzehn Jahre zuvor vom Vereinigungsparteitag bereits für den nächsten Parteitag gestellte Aufgabe: die Verabschiedung eines ersten Parteiprogramms.²

Der V. Parteitag im Juli 1958 hatte die in den zurückliegenden Jahren entstandenen Vorstellungen über den sozialistischen Aufbau bereichert und weitergeführt. Er fasste den Beschluss, den Sozialismus in der DDR zum Siege zu führen und stellte als ökonomische Hauptaufgabe, die Volkswirtschaft *"innerhalb weniger Jahre so zu entwickeln, daß die Überlegenheit der sozialistischen Gesellschaftsordnung der DDR gegenüber der Herrschaft der imperialistischen Kräfte im Bonner Staat eindeutig bewiesen wird und infolgedessen der Pro-Kopf-Verbrauch unserer werktätigen Bevölkerung an allen wichtigen Lebensmitteln und Konsumgütern den Pro-Kopf-Verbrauch der Gesamtbevölkerung in Westdeutschland erreicht und übertrifft"*.³ Das sollte bis 1961/62 erreicht werden.

Wie sich rasch erwies, war dieses Ziel unrealistisch. Denn die Möglichkeiten der DDR wurden überschätzt. Ihre Potenzen und Ressourcen waren gering, ihre Rückstände andererseits noch zu groß, die Einflüsse und der Widerstand des Gegners sehr stark, um in solch kurzem Zeitraum ein solches großes Ziel erreichen zu können. Zudem wurden auch die Möglichkeiten, die sich aus der Zusammenarbeit im Rahmen des RGW ergeben konnten, überschätzt, zu optimistisch gewertet.

Entsprechend einem Beschluss des V. Parteitages setzte das Zentralkomitee eine von Walter Ulbricht geleitete Kommission zur Ausarbeitung eines Entwurfs des Programms der SED ein. Auf der 17. Tagung des ZK Anfang Oktober 1962 begründete Ulbricht diesen Entwurf und er wurde Ende November der Öffentlichkeit zur Meinungsäußerung unterbreitet.

Ulbricht ging davon aus, dass in der DDR die sozialistischen Produktionsverhältnisse gesiegt hätten und damit die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beseitigt sei. Es waren auf Initiative und unter Führung der SED neue, dem Sozialismus entsprechende Macht- und Klassenverhältnisse entstanden.

Bei allen Fortschritten war nicht zu übersehen, dass es in *allen* Klassen und Schichten noch erhebliche Unterschiede vor allem hinsichtlich der politischen Auffassungen und demzufolge ihrer Haltung und ihres Engagements - oder auch ihrer Ablehnung gegenüber der neuen Ordnung - gab. Die Mehrheit der Arbeiterklasse, der Genossenschaftsbauern und der Intelligenz sowie viele Angehörige anderer Schichten und Gruppen hatten an der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung und auch an der Schaffung sozialistischer Verhältnisse aktiv und oft mit großem persönlichen Einsatz teilgenommen. Doch gab es zugleich zahlreiche Bürger, die den neuen Verhältnissen distanziert, mit Zweifeln und Vorbehalten, ja sogar feindlich gegenüberstanden. Nicht wenige unterlagen der antisozialistischen Propaganda, den Verleumdungen und der Hetze der Massenmedien in Westberlin und der BRD gegen die DDR und vertraten deren Positionen.

Insgesamt schätzte die Parteiführung ein, dass die Grundaufgaben der Periode des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus im wesentlichen gelöst, die politischen, ökonomischen, sozialen und ideologischen Grundlagen des Sozialismus geschaffen worden waren. Die Frage "Wer - wen?" war, so damals die vorherrschende Auffassung, zugunsten der Arbeiterklasse und der mit ihr verbündeten Kräfte entschieden.

Nun, zu Beginn der sechziger Jahre, kam es darauf an, sich darüber klar zu werden, wie es weitergehen sollte. Reiften angesichts des Voranschreitens des Sozialismus die Bedingungen heran, nun gemeinsam Kurs auf den baldigen, nicht allzu fernen Übergang zur kommunistischen Phase zu nehmen? Die in den fünfziger Jahren erzielten Erfolge der sozialistischen Länder, das von ihnen erreichte hohe Tempo der gesellschaftlichen Umwälzungen und die von der KPdSU auf ihrem XXII. Parteitag im Oktober 1961 in ihrem Programm beschlossene Orientierung auf die in relativ kurzen Zeiträumen zu schaffende kommunistische Gesellschaft schienen eine solche Sicht nahezulegen.

Doch die Führung der SED entschied für sich anders. Sie ließ sich von den für die DDR speziell wirkenden inneren und äußeren Faktoren leiten: Angesichts der Auswirkungen der Kriegsfolgen, der durch die Spaltung Deutschlands verstärkten ökonomischen Disproportionen und des imperialistischen Wirtschaftskrieges drängte es sich auf, für eine längere Zeit sich auf die Festigung des Erreichten zu konzentrieren. Dafür sprachen außer dem bereits Genannten die Schwierigkeiten im Ringen um die Störfreimachung der Volkswirtschaft, die insgesamt niedrigen ökonomischen Wachstumsraten, die notwendigen Anstrengungen zur Festigung der noch jungen Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG) und weitere Belastungen.

Und natürlich existierten weiter die aus dem Kapitalismus, aus der bürgerlichen Gesellschaft, dem Faschismus und den Folgen des Krieges nachwirkenden und immer wieder neu genährten alten Anschauungen und Verhaltensweisen. Manche Bürger hegten auch nach wie vor die Hoffnung, dass ein gewisser Stillstand, ein Verharren bzw. eine langsame Entwicklung beim sozialistischen Aufbau vielleicht doch eine Vereinigung der beiden deutschen Staaten erleichtere. Zwar gelang es in breiter öffentlicher Diskussion, solche Vorstellungen zurückzudrängen und mehr Klarheit darüber zu schaffen, dass die rasche Stärkung des Sozialismus in der DDR der wichtigste Beitrag zur Sicherung des Friedens und Bedingung für die Schaffung der nationalen Einheit ist.

Damit war aber die Frage, auf welchem Wege der Sozialismus weiter zu stärken sei und wie weit die SED dabei überhaupt gekommen war, noch nicht beantwortet. Sollte bzw. konnte unmittelbar Kurs darauf genommen werden, die Vollendung des sozialistischen Aufbaus anzusteuern? War das vom V. Parteitag 1958 beschlossene Ziel "Sieg des Sozialismus" schon erreicht oder war man davon noch weit entfernt, war dafür noch mehr Zeit notwendig? Was war für den Ausbau und die Vollendung des Sozialismus - wie hatte man sich diese überhaupt vorzustellen - noch zu tun? Welche Maßstäbe und Kriterien waren an einen reifen, vollkommenen Sozialismus anzulegen?

Auf diese Fragen antwortete die SED mit ihrem vom VI. Parteitag im Januar 1963 beschlossenen Parteiprogramm. Sie bekräftigte ihre Übereinstimmung mit den von den kommunistischen und Arbeiterparteien sozialistischer Länder 1957 formulierten allgemeingültigen Gesetzmäßigkeiten der sozialistischen Revolution und des sozialistischen Aufbaus und wertete die in den Beschlüssen der Moskauer Beratung von 1960 zusammengefassten Erkenntnisse schöpferisch aus. Mit Blick auf die DDR verschloss die Parteiführung nicht die Augen vor dem bis zur Vollendung des Sozialismus noch zu Leistenden und erklärte im Programm: "Die Interessen des Volkes, die Bedürfnisse der Werktätigen sind eine starke Triebkraft. Sie dulden kein Verweilen auf dem erreichten Stand. Sie verlangen den Sozialismus in seiner Gesamtheit und in seiner Vollständigkeit."⁴ Dazu, begründete sie, mussten die sozialistischen Produktionsverhältnisse und die Produktivkräfte ständig weiterentwickelt werden. Nur so konnten die Voraussetzungen für die Befriedigung der Bedürfnisse der Menschen gesichert und verbessert werden. Darin erblickte die Partei die Voraussetzungen, um die Rückstände in Produktivität, Effektivität und hinsichtlich der Versorgung im Vergleich mit der BRD zu verringern und schließlich zu beseitigen.

Für die Erreichung dieser Ziele waren nach der Kontrolle über die bis dahin offene Grenze zu Westberlin am 13. August 1961 zwar viel günstigere Bedingungen geschaffen worden. Doch war zu diesem Zeitpunkt auch schon klar, dass man sich von bestimmten Illusionen, denen man auf dem V. Parteitag anhing, hatte trennen müssen, und dass es bis zur Vollendung des Sozialismus noch ein ziemlich weiter Weg sein würde.

Diese veränderte Sicht und die sich daraus ergebenden Aufgaben bestimmte die Partei mit dem Ziel, den Sozialismus umfassend aufzubauen. Sie sah, dass noch sehr viel zu tun blieb, das bislang Geschaffene zu stärken und voll zur Entfaltung, zum Ausreifen zu bringen.

III.

Somit entschied die SED in dieser wichtigen Entscheidungssituation, in der sie sich wie auch einige andere sozialistische Länder zu Beginn der sechziger Jahre befand, grundsätzlich richtig, weil sie ihre eigenen Erfahrungen kritisch und im Wesentlichen zutreffend analysierte. Die vom VI. Parteitag vorgenommene programmatische Weichenstellung war von historischer Tragweite und reichte über den nächsten Parteitag hinaus weit in die Zukunft, wie überhaupt festgestellt werden kann, dass das Programm von 1963 in zentralen Fragen die Grundlage des nächsten Parteiprogramms, des von 1976 bildete.

Dabei ging die SED - wie bei allen ihren prinzipiellen Beschlüssen - davon aus, dass der ökonomische und wissenschaftlich-technische Fortschritt und die sich ständig verbessernde Zusam-

menarbeit mit der UdSSR und den anderen Ländern des RGW eine entscheidende Bedingung für die Entwicklung der DDR darstellten, dass davon letztlich ihr Schicksal abhing. Die Geschichte hat dies auf verhängnisvolle Weise bestätigt.

Es ist - sowohl mit dem Blick auf die bereits vor dem VI. Parteitag gewonnenen Erkenntnisse wie auch auf die über sieben Jahre später vom VIII. Parteitag im Juni 1971 beschlossene ökonomische Hauptaufgabe - aufschlussreich, dass, wie es im Programm des VI. Parteitages hieß, die SED sich vom ökonomischen Grundgesetz des Sozialismus leiten ließ, das als Aufgabe bestimmte: "ständige Entwicklung und Vervollkommnung der Produktion auf der Grundlage der fortgeschrittensten Wissenschaft und Technik und der Steigerung der Arbeitsproduktivität mit dem Ziel der immer besseren Befriedigung der materiellen und geistigen Bedürfnisse der Werktätigen und der allseitigen Entwicklung des Menschen der sozialistischen Gesellschaft."⁵

Von der Aufgabenstellung des umfassenden Aufbaus des Sozialismus und dem ökonomischen Grundgesetz des Sozialismus halte ich die folgenden Aspekte, die in den folgenden Jahren vertieft und weiter ausgearbeitet wurden, für besonders wichtig, zumal sie meiner Auffassung nach auch für künftige Vorstellungen vom Sozialismus von genereller Bedeutung sein dürften:

Erstens war es das Verständnis der neuen, der sozialistischen Gesellschaft als eines sich ununterbrochen entwickelnden, vervollkommnenden Organismus, der, wie Walter Ulbricht auf dem VII. Parteitag im April 1967 formulierte, "als fortgeschrittene gesellschaftliche Daseinsform menschlichen Lebens ein komplexes dynamisches System (ist), das lebt, pulsiert und sich entwickelt".⁶ Diesen Gedanken betonend, erklärte er ebenfalls 1967: Die durch die wissenschaftlich-technische Revolution erfolgende Beschleunigung des Reproduktionsprozesses verlange, "die Übereinstimmung von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen immer wieder neu herzustellen"⁷, und er warnte davor anzunehmen, dass sich dabei "alle Fragen sozusagen in voller Harmonie reibungslos lösen"⁸. Auch die sozialistischen Produktionsverhältnisse seien "nicht etwas für Jahrzehnte Unveränderliches. Auf der Grundlage ihrer Qualität als sozialistische Produktionsverhältnisse gibt es eine ständige Weiterentwicklung"⁹.

Letzteres spiegelt allerdings auch die Vorstellung von einem fast zwangsläufig nach vorn führenden Prozess wider, der zwar durch Rückschläge und Widrigkeiten gestört, doch nicht aufgehoben oder gar für lange Zeiträume rückgängig gemacht werden könne. Diese Auffassung hat sich - wie wir schmerzlich erfahren haben - als Illusion erwiesen, als eine Vorstellung, die auch kaum den Erkenntnissen von Marx, Engels und Lenin entspricht.

Die Ideen vom Systemcharakter des Sozialismus, von den in ihm wirkenden Gesetzmäßigkeiten und der im Unterschied zu früheren Vorstellungen längeren Dauer des Sozialismus haben Ulbricht vor allem seit dem VI. Parteitag stark und in zunehmendem Maße beschäftigt. Nachdem er auf dem VII. Parteitag umfassend und sehr ausführlich die Konzeption vom Sozialismus in der DDR als einem entwickelten gesellschaftlichen System begründet hatte, ging er nur wenige Monate später einen bedeutsamen Schritt weiter.

Auf der Internationalen wissenschaftlichen Session zum 100. Jahrestag der Veröffentlichung des 1. Bandes des "Kapitals" von Karl Marx am 12. September 1967 erklärte er als eine wichtige Schlussfolgerung, zu der die SED gelangt sei, *"daß der Sozialismus nicht eine kurzfristige Übergangsphase in der Entwicklung der Gesellschaft ist, sondern eine relativ selbständige sozialökonomische Formation in der historischen Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Kommunismus im Weltmaßstab"*. Er sei nicht, wie früher gedacht, nur "Übergangsphase ..., in der sich die Gesellschaft von den 'Muttermalen' des Kapitalismus frei machen und die materiellen und geistigen Voraussetzungen für die zweite Phase des Kommunismus schaffen" müsse. "Es wurde", so Ulbricht, "zu wenig beachtet, daß der Sozialismus sich auf seinen eigenen Grundlagen entwickelt."¹⁰

Ulbricht betonte mit dem Blick auf die Auseinandersetzung mit dem Imperialismus, vor allem aus der Sicht der DDR, aber nicht nur sie im Auge habend: "Der Sozialismus kann in diesem vielfältigen und offensichtlich nicht kurzfristigen Kampf als höhere Gesellschaftsordnung nur dann siegen, wenn er alle Seiten, alle Elemente des neuen gesellschaftlichen Systems in ihrer harmonischen Einheit entwickelt und zu einer unwiderstehlichen Anziehungskraft für die Werktätigen aller Länder wird, sowohl in materieller als auch in geistiger Hinsicht. Auch deshalb kann unter den entstandenen historischen Bedingungen der Sozialismus keine kurzfristige Übergangsphase in der Entwicklung der Gesellschaft sein. Vielmehr werden wir einen bestimmten historischen Zeitab-

schnitt für die Gestaltung des entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus in der DDR brauchen."¹¹

Ulbricht unterstrich, dass solche Kategorien wie Warenproduktion, Wertgesetz, Preis und Gewinn im Sozialismus objektiv und auf eigenen sozialökonomischen Grundlagen wirken und dass es nicht darum gehen darf, sie zu überwinden, sondern dass sie im Interesse der Werktätigen vollständig ausgenutzt werden müssen. Die Betonung der Wirkung der Kategorien der Warenproduktion unter sozialistischen Produktionsverhältnissen war außerordentlich bedeutsam - und sie entsprach auch Vorstellungen Lenins über die Ökonomik der neuen Gesellschaft. Gleiches trifft zu für die von Ulbricht charakterisierte *"eigenverantwortliche Planung und Wirtschaftsführung der sozialistischen Warenproduzenten auf der Grundlage des Volkswirtschaftsplanes und der wirtschaftlichen Rechnungsführung"* als einem *"wesensbestimmenden Grundzug der sozialistischen Planwirtschaft"*.¹²

Die Erkenntnisse von der langen Dauer der Phase des Sozialismus, der vollen Nutzung der Kategorien der Warenproduktion auf sozialistischer Grundlage, den systemimmanenten Erfordernissen wie auch den notwendigen großen Anstrengungen zur Erlangung der vollständigen Überlegenheit über den Imperialismus waren völlig richtig und sie waren sehr notwendig angesichts mancher vereinfachter und verkürzter Sichten. Daraus den Schluss zu ziehen, dass man die sozialistische Phase zur *"relativ selbständigen Gesellschaftsformation"* erklären müsse - das allerdings stand im Widerspruch zu der von Karl Marx in seinen kritischen Randglossen zum Gothaer Programm von 1875 formulierten Erkenntnis, die seitdem zur herrschenden Auffassung in der marxistischen Bewegung geworden war. Diese Definition Ulbrichts, missverständlich und in sich nicht schlüssig, leuchtete nicht ein. Die Diskussion über diesen Begriff allein war zudem geeignet, von den grundlegenden und zutreffenden Aussagen im Referat wegzuführen.

Es ist ein weiteres Beispiel dafür, dass Ulbricht sehr aufmerksam auf Stimmungen und Fragen reagierte und sich selbst ständig kritisch prüfte, wenn wir uns der entsprechenden Ausführungen in seiner Rede auf der Internationalen Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien im Juni 1969 in Moskau erinnern. Er warnte davor, das beim sozialistischen Aufbau Erreichte zu überschätzen, die Kompliziertheit und die Schwierigkeiten auf diesem Wege zu verkennen, indem er nun von der "lange(n) Periode" sprach, die dazu nötig sei. Die These vom Sozialismus als relativ selbständige Gesellschaftsformation nicht mehr verwendend, formulierte er als das Wesentliche, dass die Probleme des Übergangs zum Sozialismus "nicht leichter gelöst (werden), wenn diese Periode als eine kurze Phase aufgefaßt wird". Und er betonte: "Die geschichtlichen Erfahrungen besagen: Das Tempo des sozialistischen Fortschritts hängt von zwei Faktoren ab; einmal von der Entwicklung der Produktivkräfte und der sozialistischen Produktionsverhältnisse, vom marxistisch-leninistischen Reifegrad der kommunistischen und Arbeiterparteien der sozialistischen Länder, von der sozialistischen Entwicklung des Überbaus; zum anderen vom Niveau der allseitigen Zusammenarbeit der Staaten der sozialistischen Gemeinschaft."¹³

Der VIII. Parteitag im Juni 1971 brachte die Erfahrung und die Vorausschau auf die lange Dauer der Gestaltung des Sozialismus ebenfalls zum Ausdruck. Im von Erich Honecker erstatteten Bericht des ZK hieß es: "Gewiß wird noch einige Zeit vergehen, und es bleibt noch viel zu tun, bis wir sagen können, der Sozialismus ist in der Deutschen Demokratischen Republik vollendet. Dafür erforderlich ist ein höheres Niveau der Produktivkräfte, der sozialistischen gesellschaftlichen Beziehungen und des sozialistischen Bewusstseins der Menschen. Jede Fünfjahrplanperiode, jeder Parteitag bringt uns diesem Ziel näher."¹⁴

IV.

Zu einem zweiten Grundmerkmal der Programmatik der SED: Die Kontinuität der Politik der Partei widerspiegelte sich besonders stark im ökonomischen Grundgesetz des Sozialismus, das, wie im vom VI. Parteitag beschlossenen Programm formuliert, die Aufgabe der sozialistischen Produktion bestimmt, und das zum Ziel hat die immer bessere Befriedigung der Bedürfnisse der Menschen und zwar in ihrer Einheit von materiellen *und* geistigen Ansprüchen, die allseitige Förderung und Ausprägung ihrer positiven Eigenschaften und Merkmale.

Es ist angebracht daran zu erinnern, dass der Parteivorstand der SED schon kurze Zeit nach Gründung der Partei, am 14. Mai 1946, den Beschluss "Zur Ernährungsfrage" annahm, dass das bessere Leben der Menschen Anliegen des "Programms zu den Gemeindewahlen" vom 26. Juni 1946 war, dass das Zentralsekretariat mit Schreiben vom 6. Juli 1946 an Marschall Sokolowski als

Chef der SMAD für bestimmte Bevölkerungsgruppen um konkrete Verbesserungen der Lebenslage bat, dass das Zentralsekretariat am 30. Dezember 1946 umfassende "Sozialpolitische Richtlinien" - ein sehr bedeutsames grundsätzliches Dokument - verabschiedete.

Wilhelm Pieck unterstrich auf dem III. Parteitag im Juli 1950: "Für uns ist ... die Verbesserung der Lebenslage der Arbeiter, Angestellten, Bauern und Intelligenz eine grundlegende Bedingung, ohne die es keine Aufwärtsbewegung unseres Aufbaus gibt. Die unaufhörliche Verbesserung der Lebenslage der Arbeiter, Angestellten, Bauern und Intellektuellen ist ein Entwicklungsgesetz der neuen, wahrhaft demokratischen Gesellschaft ... Dieses Ziel werden wir entsprechend unseren Möglichkeiten mit aller Beharrlichkeit anstreben."¹⁵ Hier, 1950, haben wir die Betonung der Wechselwirkung, oder, wie es später - missverständliche Interpretationen begünstigend - hieß, der Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik.

Mit anderen Worten: Nicht erst mit dem VIII. Parteitag, dessen Kurs von manchen abwertend als "Konsumsozialismus" bezeichnet wird, und auch nicht mit dem VI. Parteitag, nein, schon mit den ersten Entscheidungen und Schritten beginnend stellten KPD und SPD und dann die SED die Verbesserung der materiellen und geistigen Lebensbedingungen der Menschen in den Mittelpunkt ihres Wirkens, war dies ihr Hauptanliegen. Und nicht, wie man es immerzu vielerorts hören und lesen kann - das Streben einer kleinen Politikerkaste nach Machterhalt. Allerdings - das hat die Parteiführung stets betont - erforderte die Verwirklichung des Sinns des Sozialismus eine starke, vom Volk getragene und verwirklichte Staatsmacht.

Natürlich waren die Möglichkeiten, diesen Hoffnungen der Menschen und den dazu erforderlichen Notwendigkeiten zu entsprechen, in den verschiedenen Etappen der Geschichte der Partei unterschiedlich - wie auch diese Erwartungen und Forderungen selbst aus inneren Ursachen und vor allem auf Grund äußerer, aus der BRD wirkender Faktoren Veränderungen erfuhren. Außerdem wuchsen sie fast immer schneller als die Möglichkeiten, ihnen gerecht zu werden.

Das Außerachtlassen, das Ignorieren des Grundanliegens der Partei - des Ziels der sozialistischen Produktion, grobe Verstöße gegen dieses Prinzip - wie im Frühjahr 1953, um diese schwerste Krise zunennen - brachten Rückschläge, schadeten unserer Sache sehr schwer - und kosteten uns letztlich noch viel mehr als ursprünglich angenommen. Und Manches konnte nie wieder gutgemacht werden.

V.

Ein drittes wesentliches Merkmal der Programmatik, wie es im ersten Programm 1963 formuliert wurde, war die Orientierung auf den jeweils *höchsten*. den *fortgeschrittensten* Stand des wissenschaftlich-technischen Fortschritts.

Auch das war für die SED nicht neu und nicht außergewöhnlich. Dafür gab es auch günstige Voraussetzungen, die das Profil der Arbeitenden in Deutschland seit Jahrzehnten wesentlich prägten: die entscheidende Rolle der zahlenmäßig starken, insgesamt hoch qualifizierten und relativ gut organisierten Arbeiterklasse und der wissenschaftlich-technischen Intelligenz bei der Entwicklung der materiellen und geistigen Produktivkräfte, die starke Diszipliniertheit, Organisiertheit und Exaktheit der Produktion und der Produzenten, der bei vielen ausgeprägte Stolz auf den Beruf, die Neigung zur fachlichen Weiterentwicklung, das Streben nach Verbesserungen und Neuerungen in der Produktion und hinsichtlich der Erzeugnisse.

So spielten beim antifaschistisch-demokratischen Aufbau und bei der Schaffung der Grundlagen des Sozialismus in den vierziger und fünfziger Jahren durch Nutzung des Wettbewerbs Aufgaben zur technischen Aus- und Weiterbildung, zur Verbesserung der Produktionsprozesse wie auch der Erzeugnisse, zur Steigerung der Quantität und Qualität der Produktion eine maßgebliche Rolle.

Diesen Fragen widmete besonders Walter Ulbricht schon zeitig und fortwährend größte Aufmerksamkeit. So forderte er auf dem V. Parteitag im Juli 1958 "eine wesentlich engere Verbindung der Wissenschaft mit der Produktion, als wir bisher erreicht haben ..., die Arbeit auf dem Gebiet der Wissenschaft, der Forschung und Entwicklung wesentlich zu qualifizieren und auf eine neue Stufe zu heben". Im Rahmen der internationalen sozialistischen Arbeitsteilung und Kooperation sollte die Konzentration auf solche Produktionsprogramme erfolgen, "*die einen hohen Anteil von geistiger, technisch-wissenschaftlicher Arbeit einschließen*". Bereits damals orientierte er darauf, Automatisierung und Mechanisierung der Produktion voranzubringen, "die Forschung auf dem komplexen Gebiet der Betriebsmeß-, Steuerungs- und Regelungstechnik verstärkt zu betreiben".¹⁶

Wiederholt lenkte er den Blick auf die Erreichung des wissenschaftlich-technischen Höchststandes in Forschung und Produktion, auf die Spezialisierung, Standardisierung und Typisierung der Produktion, darauf, wie es schon damals hieß, mit jeder Minute, mit jedem Gramm Material und jedem Pfennig zu rechnen. Mit anderen Worten: Bereits damals orientierte er neben weiterer extensiver Entwicklung der materiell-technischen Basis auf den Übergang zur intensiv erweiterten Reproduktion der Volkswirtschaft.

Schon zu Beginn der sechziger Jahre kam es ihm darauf an, weit in die Zukunft zu schauen. Im Oktober 1962 stellte er die Aufgabe, die Kontrollziffern für die volkswirtschaftliche Entwicklung bis 1970 und daran anschließend den Perspektivplan bis 1980 auszuarbeiten, um, wie er im Februar 1964 formulierte, "den Erfordernissen der wissenschaftlich-technischen Revolution"¹⁷ gerecht zu werden. Vor allem auf dem VII. Parteitag und auf der Internationalen Session im September 1967 betonte Ulbricht die wachsende und für die Zukunft des Sozialismus entscheidende Rolle der wissenschaftlich-technischen Revolution. Er führte auf letzterer aus: "Ohne die Meisterung der wissenschaftlich-technischen Revolution können wir den heute notwendigen Zuwachs der Produktivität nicht gewährleisten und die Auseinandersetzung mit dem westdeutschen Imperialismus nicht erfolgreich führen. Deshalb ist die Vollendung des sozialistischen Aufbaus nicht zu trennen von der Meisterung der wissenschaftlich-technischen Revolution ..."¹⁸

Mit dem seit 1963 entwickelten neuen ökonomischen System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft, später auf dem VII. Parteitag 1967 als ökonomisches System des Sozialismus weiter ausgestaltet und in seinen Wechselwirkungen mit allen Bereichen der Gesellschaft dargestellt, wurde ein wertvoller, weit in die Zukunft gerichteter Beitrag zur Anwendung der politischen Ökonomie des Sozialismus geleistet - auch wenn das dabei tatsächlich Geleistete erst die Anfänge darstellte und die Größe des noch zu Schaffenden erkennen ließ. Denn in der wirtschaftspolitischen Praxis kam das Neue Ökonomische System über erste Versuche und Schritte in der Kürze der Zeit und angesichts der Hemmnisse, auf die es stieß, nicht hinaus. Vor allem aber kollidierte es auch, kurz gesagt, mit übertriebenen, letztlich voluntaristischen Entscheidungen, mit Festlegungen, die zu den Realitäten, den Auswirkungen des allgemeinen Mangels im Widerspruch standen, mit jenen nicht so schnell und wirksam wie erhofft in Übereinstimmung gebracht werden konnten, ihnen zu rasch und zu weit vorauseilten. Eine weitere Ursache der Schwierigkeiten und letztlich des Misslingens bestand darin, dass eine solche Konzeption den grundsätzlichen Gleichklang in Theorie und Praxis und die effektivere Zusammenarbeit der ökonomisch entwickelten sozialistischen Länder erfordert hätte, was bekanntlich nur unzureichend gelang.

* * *

Abschließend: Die SED hat sich mit ihrer Programmatik - ihren Programmen von 1963 und 1976 sowie Dokumenten programmatischen Charakters - wichtige theoretische und politische Grundlagen dafür geschaffen, dass in Ostdeutschland zum ersten Mal in der deutschen Geschichte das werktätige Volk herrschte und die unmittelbare Machtsphäre des deutschen Imperialismus fast ein halbes Jahrhundert eingeschränkt war, was bis heute unsere Gegner immer wieder zu wütenden Ausfällen gegen die SED und die DDR veranlasst.

In der Praxis haben sich die Feinde des Sozialismus einschließlich der Überläufer sowie die objektiven Umstände diesmal noch als stärker erwiesen. Insofern kann man auch sagen, waren unsere Programme besser als unsere Praxis. Doch es bleibt dabei: Die Programmatik der SED hat wichtige und bleibende Erfahrungen verallgemeinert, die nicht vergebens waren, sondern für künftige Generationen von Nutzen sein können.

Hilfreich in unserer gegenwärtigen Situation ist, was Lenin zum vierten Jahrestag der Oktoberrevolution schrieb: "Wenn wir zielstrebig und beharrlich lernen, jeden unserer Schritte an der praktischen Erfahrung überprüfen, uns nicht fürchten, Begonnenes mehrmals umzuarbeiten, unsere Fehler zu korrigieren, und uns dabei aufmerksam in ihre Bedeutung vertiefen, dann werden wir auch in die nächsten Klassen aufsteigen. Wir werden den ganzen 'Lehrgang' durchlaufen, obwohl ihn die Umstände der Weltwirtschaft und der Weltpolitik weitaus langwieriger und schwieriger gemacht haben, als uns lieb war ... wir werden den Mut nicht sinken lassen und unser Werk zum siegreichen Ende führen."¹⁹

Anmerkungen

1 Zur nationalen Frage siehe Gerhard Naumann/Eckhard Trümpler: Der Flop mit der DDR-Nation 1971, Berlin 1991; Eckhard Trümpler: Zur Entwicklung der nationalen Frage unter den Bedingungen der Zweistaatlichkeit. In: Geschichtskorrespondenz, Nr. 4/13. Jg., Oktober 2007, S. 21 - 31.

- 2 Siehe Grundsätze und Ziele der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Beschluß des Vereinigungsparteitages vom 21. April 1946. In: Dokumente der SED, Berlin 1948, S. 10.
- 3 Protokoll der Verhandlungen des V. Parteitages der SED, Bd. 1, Berlin 1959, S. 68. Siehe auch S. 70, 71 sowie den Beschluss des Parteitages dazu in: Ebenda, Bd. 2, Berlin 1959, S. 1357.
- 4 Protokoll der Verhandlungen des VI. Parteitages der SED, Bd. IV, Berlin 1963, S. 337.
- 5 Ebenda, S. 339.
- 6 Die gesellschaftliche Entwicklung in der DDR bis zur Vollendung des Sozialismus. In: Protokoll der Verhandlungen des VII. Parteitages der SED, Bd. I, Berlin 1967, S. 105.
- 7 Ebenda.
- 8 Ebenda, S. 163.
- 9 Ebenda, S. 105/106.
- 10 Die Bedeutung des Werkes "Das Kapital" von Karl Marx für die Schaffung des entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus in der DDR und den Kampf gegen das staatsmonopolistische Herrschaftssystem in Westdeutschland. Als Ms. gedr., o.O.u.J., S. 22.
- 11 Ebenda, S. 23.
- 12 Ebenda, S. 27.
- 13 Internationale Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien. Moskau 1969, Berlin 1969, S. 271.
- 14 Protokoll der Verhandlungen des VIII. Parteitages der SED, Bd. 1, Berlin 1971, S. 57.
- 15 Protokoll der Verhandlungen des IIII. Parteitages der SED, Bd. 1, Berlin 1951, S. 66.
- 16 Protokoll der Verhandlungen des V. Parteitages der SED, Bd. 1, Berlin 1959, S. 71, 87,88.
- 17 Die Durchführung der ökonomischen Politik im Planjahr 1964 unter besonderer Berücksichtigung der chemischen Industrie. Referat auf der 5. Tagung des ZK der SED. 3. bis 7. Februar 1964, Berlin 1964, S. 117. Dieses Referat ist ein Beispiel für realistische und kritische, Schwächen offen darlegende Analyse und nach vorn weisende Orientierung, wobei Ulbricht nachdrücklich die Festigung der Verbindung mit den Werktätigen fordert und "die unmittelbare ökonomische und ideelle Interessiertheit des Volkes an der Steigerung der materiellen Produktion" als "unsere große Triebkraft" betont. (Ebenda, S. 94.)
- 18 Die Bedeutung des Werkes "Das Kapital" von Karl Marx ..., S. 26.
- 19 W. I. Lenin: Werke, Bd. 33, S. 39.

Prof. Dr. Nina Hager

Grundpositionen des Erfurter Programms und die programmatische Debatte in der DKP

Im Jahr 2006 wurde nach langer und kontroverser Diskussion in der DKP ein neues Parteiprogramm beschlossen, das das von 1978 ablöste.

Notwendig wurde dieses neue Programm nicht nur wegen der weltweiten politischen Veränderungen nach der Niederlage des Sozialismus 1989/90 und der daraus folgenden grundlegenden Veränderung des Kräfteverhältnisses. Bereits zuvor wurde deutlich, dass in den Ländern des Kapitals wichtige ökonomische und politische Veränderungen vor sich gingen. Zu den von uns meines Erachtens lange - und auch noch heute - nicht ausreichend bedachten Ursachen dafür gehörten die Folgen der Revolution der Produktivkräfte.

In den 70er und 80er Jahren wurde dies vor allem manifest bei der Entwicklung der Informations-, der Kommunikations- und Transporttechnologien. Die sozialistischen Staaten blieben in diesem Wettlauf - trotz hervorragender Ergebnisse der Wissenschaft sowie großer Ingenieurleistungen - zurück. Die neuen Kommunikationstechnologien schufen die Voraussetzung für die heutige Vernetzung der Produktionsprozesse und Finanzströme über den ganzen Globus.¹

Seit Mitte der siebziger Jahre mehrten sich zugleich "die Krisenerscheinungen in den kapitalistischen Ländern. Die kapitalistische Weltwirtschaft blieb in Inflation und Stagnation stecken. Die Profitraten fielen. Großkapital und Staat versuchten dadurch einen Ausweg zu finden, dass im Akkumulationsmodell die Bedeutung der Binnennachfrage zurückgedrängt und ein Wechsel zum Vorgang der Weltmarktorientierung vollzogen wurde."²

Folgen waren die Umwälzung der Technologie, der Arbeits- und Konsumweise, der sozialen Strukturen.

Den Entwicklungen im Monopolkapitalismus und Veränderungen der politischen Situation sowie den Auswirkungen auf den Kampf der Arbeiterklasse trugen schon die detaillierten Thesen des

Hamburger Parteitages der DKP von 1986 Rechnung.³ Dort hieß es beispielsweise: "In ihrem 1978 beschlossenen Parteiprogramm hat die DKP ihre Vorstellungen für Gegenwart und Zukunft der Bundesrepublik dargelegt. ... Die vergangenen Jahre haben die Analysen und Orientierungen des Programms bestätigt. Es behält seine Gültigkeit. Doch seit der Beschlussfassung über das Parteiprogramm haben sich auch neue Entwicklungen und Erfahrungen ergeben. Neue Fragen wurden aufgeworfen, auf die Antworten erforderlich sind."⁴

Nach der Niederlage von 1989/90 mussten jedoch bisherige strategische Überlegungen neu überprüft werden.

Die Konstituierung der DKP und ihre programmatischen Positionen

1966/67 traf die Bundesrepublik nach Jahren andauernden Wachstums zum ersten Mal in der Nachkriegszeit eine Wirtschaftskrise. Ausgerechnet zu jener Zeit als der "Vater des Wirtschaftswunders" Ludwig Erhard Kanzler war. Ihm folgte am 1. Dezember 1966 der Altnazi Kurt Georg Kiesinger. Die Konjunktur brach zwischen Herbst 1966 und Sommer 1967 ein, die Arbeitslosenzahlen stiegen. 1967 gab es erstmals in der westdeutschen Nachkriegsgeschichte gar kein Wirtschaftswachstum, das Bruttosozialprodukt fiel stattdessen um 0,2 Prozent.

Die sich zuspitzenden gesellschaftlichen Widersprüche führten zu einer Zunahme von Kampffaktionen, die ihre Höhepunkte in der Lehrlingsbewegung und den Septemberstreiks 1969 fanden.

Der Kampf um die Aufhebung des KPD-Verbots erreichte - auch aufgrund von internationalen Veränderungen und infolge des beginnenden Entspannungsprozesses - eine neue Phase.

Mit einem Programmentwurf, der den veränderten gesellschaftlichen Bedingungen Rechnung trug, setzte die illegale KPD im Februar 1968 neue Maßstäbe. Die KPD hielt am Ziel Sozialismus fest. Sie forderte grundsätzliche antimonopolistische demokratische und soziale Umgestaltungen für die Bundesrepublik, stellte Übergangsforderungen auf und bestimmte die nächsten Aufgaben. Die Tradition wurde deutlich, in der die Partei stand. Auch, dass sie Lehren aus der eigenen Geschichte und eigenen Fehlern gezogen hatte. Zu den Traditionen gehört auch das Erfurter Parteiprogramm von 1891.

Deutlich wurde in jener Zeit aber, dass die Aufhebung des KPD-Verbots in absehbarer Zeit unter den bestehenden Kräfteverhältnissen nicht durchsetzbar war. Andererseits wurde die Existenz einer legalen kommunistischen Partei in der Bundesrepublik Deutschland immer dringender. Auch aufgrund des Kampfes gegen die Notstandsgesetze, der zunehmenden Antikriegsstimmung im Land, wachsender antikapitalistischer Stimmungen und des Interesses am Marxismus in der kritischen jungen Generation.

Kurt Bachmann beschrieb 1978 im Buch "Die DKP: Gründung, Entwicklung, Bedeutung" die Situation in der zweiten Hälfte der 60er Jahre wie folgt: "In der Bevölkerung wuchs die Unzufriedenheit über die Politik der etablierten Parteien, die mit den neuen Problemen unserer Zeit, wie sie sich insbesondere aus dem wissenschaftlich-technischen Fortschritt unter kapitalistischen Bedingungen ergeben, nicht fertig werden. Die Unzufriedenheit wuchs über das Beharren der maßgebenden politischen Kräfte auf Positionen des Kalten Krieges, die immer stärker in Widerspruch gerieten zu den veränderten Realitäten in der Welt. Viele, vor allem junge Menschen, die in den demokratischen Bewegungen jener Zeit standen, in der Ostermarschbewegung, Anti-Notstandsbewegung, in der Bewegungen für die Anerkennung der DDR, der Bewegung gegen die US-Aggression in Vietnam und in der Studentenbewegung suchten nach einer neuen Kraft, nach einer neuen Politik und neuen Wegen der gesellschaftlichen Entwicklung.

In dieser Situation konstituierte sich die Deutsche Kommunistische Partei, die mit ihrer Existenz, ihrer Erklärung und ihrem Wirken dem Drängen nach politischen und gesellschaftlichen Veränderungen Ausdruck verlieh und neue Möglichkeiten und Orientierungspunkte aufzeigte."⁵

Bereits in ihrer Grundsatzerklärung, die noch kein Programm war, knüpfte auch die DKP an die Tradition der kommunistischen und sozialistischen Bewegung an. Hauptaufgabe der Erklärung war es, die Aufgaben für die unmittelbar nächste Kampfetappe zu bestimmen.

Wie ein Dreivierteljahrhundert zuvor im Erfurter Programm wurde auf den Sozialismus orientiert, allerdings beschränkten sich die Aussagen zum Sozialismus in dieser Erklärung auf eine knappe Beschreibung der Grundlagen. Wie im Erfurter Programm wurde die Rolle der Arbeiterklasse als entscheidende geschichtsverändernde Kraft hervorgehoben, ebenso die Aufgaben der Partei bei

der Organisation und der Orientierung des Kampfes der Arbeiterklasse und in den Prozessen grundlegender Veränderung der Verhältnisse.

Der reaktionären und aggressiven Politik des Großkapitals wurde die Alternative einer demokratischen Erneuerung von Staat und Gesellschaft entgegengestellt, um "dem gesellschaftlichen Fortschritt den Weg zu bahnen". Weiter hieß es in der Erklärung: "Das verlangt, den Kampf um die sozialen und politischen Tagesforderungen der arbeitenden Massen mit dem Ringen um mehr Rechte, um größeren Einfluss, um grundlegende demokratische Veränderungen zu verbinden."⁶

Die demokratische Erneuerung beginnt, so die damalige Überlegung, mit der Beseitigung des Faschismus und seiner Grundlagen - die NPD gelangte in der zweiten Hälfte der 60er Jahre in insgesamt sieben Landtage -, der Erweiterung des Einflusses der Friedens- und demokratischen Kräfte auf Staat, Gesellschaft und Politik, der Beendigung der militärischen Großmachtspolitik.

Demokratische Erneuerung hieß: Einschränkung der Macht des Großkapitals und des Militarismus und ihre schließliche Überwindung. Das bedeutete: Erweiterung der politischen Rechte, Verwirklichung der Mitbestimmung und Kontrolle, Überführung der großen Konzerne in Gemeineigentum, eine demokratische Wirtschaftsplanung, soziale Sicherheit und fortschrittliche bildungs- und kulturpolitische Reformen.⁷

Konkrete Forderungen wurden entwickelt. Hinsichtlich des Weges zum Sozialismus in der Bundesrepublik wurde unter anderem darauf verwiesen, dass die sozialistischen und fortschrittlichen Kräfte des Landes unter Berücksichtigung der Erfahrungen der internationalen und deutschen Arbeiterbewegung die Formen und Methoden des Kampfes für den Sozialismus in der Bundesrepublik gemeinsam erarbeiten müssen. Festgestellt wurde: "Dabei ist infolge der andersgearteten geschichtlichen Situation und der unterschiedlichen Ausgangsbedingungen eine schematische Nachahmung des in der DDR und in anderen sozialistischen Ländern beschrittenen Weges nicht möglich."⁸

Innerhalb kurzer Zeit organisierten sich damals in der DKP mehrere Zehntausend. SDAJ und MSB Spartakus hatten einen großen Einfluss in der Lehrlings-, der Schüler- und Studentenbewegung. Die DKP - obgleich eine kleine Partei - wurde zu einer wichtigen politischen Kraft in der Bundesrepublik.

1971 folgten die Thesen des Düsseldorfer Parteitag. In diesen wurde unter den Bedingungen des staatsmonopolistischen Kapitalismus und der Systemkonkurrenz der Kampf um eine antimonopolistische Demokratie als Möglichkeit bestimmt, unter den Bedingungen der Bundesrepublik den Weg zum Sozialismus zu öffnen. Wie sich aber die Entwicklung zum Sozialismus konkret vollziehen wird, darüber - so hieß es - entscheiden die konkreten Kämpfe.

Es wurde - wie in allen späteren programmatischen Dokumenten der Partei wie auch im DKP-Programm von 2006 - auf den Charakter dieses Prozesses verwiesen, in dem in Kämpfen, im Ringen um Mehrheiten das Kräfteverhältnis verändert werden muss - als Voraussetzung für weitergehende Umgestaltungen. Das beginnt mit Kämpfen um höhere Löhne, für Arbeitsplätze, gegen Diskriminierung, für die Verbesserung der Bildungs- und Ausbildungssituation der Jugend, armuts-sichere Renten und vieles andere mehr.

1978 wurde auf dem Mannheimer Parteitag das 1. Parteiprogramm der DKP beschlossen. Es blieb bis 2006 gültig. Die antimonopolistische Strategie wurde weiter ausgearbeitet und 1986 mit den Thesen des Hamburger Parteitages präzisiert.

Ich betonte dies deshalb, weil wir im Parteiprogramm von 2006 nicht mehr von antimonopolistischer Demokratie sprechen, sondern - angesichts der schwierigeren gesellschaftlichen Verhältnisse - vorsichtiger auf antimonopolistische Übergänge, aber nach wie vor auf entsprechende notwendige Kämpfe der Arbeiterklasse und auf die Entwicklung von Massenbewegungen, die Gewinnung von Mehrheiten orientieren, die für eine Veränderung des Kräfteverhältnisses unter heute weitaus schwierigeren Bedingungen notwendig sind.

Ich betone dies auch deshalb, weil diese grundlegende Orientierung in der gegenwärtigen Debatte in der DKP von einigen Genossen grundsätzlich in Frage gestellt wird, die offenbar meinen, den Weg zum Sozialismus verkürzen zu können.⁹

Dahinter steht unter anderem: eine völlige Verkennung der Dialektik von Reform und Revolution, ein verkürztes Revolutionsverständnis, das Revolutionsprozesse offenbar auf kurze, heftige Umbruchsprozesse reduziert, Übergangsprozesse vernachlässigt und - möglicherweise - verbirgt

sich dahinter auch ein verkürztes Verständnis des Verhältnisses von Partei-Klasse-Masse und vor allem eine Unterschätzung der Rolle der Volksmassen in der Geschichte.

*

Im Jahr 1978 waren wir in West wie Ost jedoch noch alle oder mehrheitlich davon überzeugt, dass die Entwicklung in der DDR, in der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Ländern unumkehrbar sei. Unter diesen Bedingungen schienen in absehbarer Zeit gesellschaftliche Umwälzungen auch in der Bundesrepublik möglich.

Spätestens 1989/90, der Zeit des Zusammenbruchs der von uns lange für stabil gehaltenen sozialistischen Länder in Europa, wurde jedoch klar, dass wichtige gesellschaftliche Bedingungen, auf denen frühere programmatische Aussagen der KPD und der DKP wie der ganzen kommunistischen Bewegung beruhten, nicht mehr existierten. Nicht nur die Lage der Fortschrittskräfte in unserem Land veränderte sich. Auch die weltweite revolutionäre und Arbeiterbewegung erlitt - neben anderen fortschrittlichen Kräften - eine tiefe Niederlage.

Die Programmdebatte nach der Niederlage von 1989/90

Erste programmatische Positionen nach 1990 wurden in unserer Partei in einer Situation der erfahrenen Niederlage, der erlebten Beseitigung des schon erreichten sozialistischen Fortschritts entwickelt. Dies fand unter anderem seinen Niederschlag in der Diskussion um die Thesen zur programmatischen Orientierung, die auf dem Parteitag in Mannheim Anfang 1993 beschlossen wurden.

Erforderlich war es, Schlussfolgerungen aus der Niederlage von 1989/90 zu ziehen. Die Erfahrung zeigte, dass wir zuvor vielfach von vereinfachten Entwicklungsvorstellungen ausgegangen waren. Diese galt und gilt es im dialektisch-materialistischen Sinne zu überwinden. Wir mussten verstehen, dass es auch im historischen Prozess auf dem Weg zu einer neuen Gesellschaft nicht nur unter unterschiedlichen Bedingungen verschiedene Entwicklungsmöglichkeiten gibt, dass solche Entwicklungsprozesse auch von Stagnation und Regression begleitet sein können, dass auch Tendenzbrüche bzw. der Abbruch einer Entwicklungslinie möglich sind.

Notwendig war es, die Imperialismusanalyse einschließlich der Analyse der vor sich gehenden rasanten ökonomischen, sozialen und politischen Veränderungen unter den neuen gesellschaftspolitischen Rahmenbedingungen in der Welt zu vertiefen.

Unsere Fähigkeit zur schöpferisch-kritischen Anwendung der Theorie von Marx, Engels und Lenin, der Grundlage der Politik unserer Partei, musste sich in einer Zeit bewähren, in der sich manche frühere Mitstreiterinnen und Mitstreiter vom Marxismus verabschiedeten. Nötig aber war es auch, kritisch bisherige theoretische Aussagen zu überprüfen.

Notwendig war in den Jahren nach 1990 jedoch vor allem die Reorganisation und Neuformierung der Kräfte unter den neuen Kampfbedingungen. Dabei stand für eine längere Phase für uns konkret zunächst der Erhalt der DKP als kommunistische Partei im Vordergrund.

Nach 1990 kamen - aus anderen Zusammenhängen und mit anderen Erfahrungen - zahlreiche neue Mitglieder in die DKP, die die bisherigen Diskussionsprozesse nicht kannten und teilweise niemals zuvor Gelegenheit hatten, sich gründlich marxistisch zu bilden. Dies nachzuholen konnte die Parteibildungsarbeit in den letzten 21 Jahren unter unseren Bedingungen nicht oder nur partiell leisten.

All dies prägte die programmatische Debatte in unserer Partei und prägt sie auch gegenwärtig. Der Prozess der Programmearbeitung hat Jahre gedauert. Er war schwierig, von Auseinandersetzungen geprägt. Mehrere Arbeitsetappen waren nötig, Zwischenergebnisse wurden formuliert.

Wir haben uns schrittweise weiter die Programmfähigkeit erarbeitet und weitere Schlussfolgerungen gezogen. Dabei entstanden wichtige Dokumente wie:

- *Die Sozialismusvorstellungen der DKP*, die auf dem Parteitag 1998 in Hannover als Arbeits- und Diskussionsgrundlage verabschiedet wurden;
- das Dokument "*DKP - Partei der Arbeiterklasse - Ihr politischer Platz heute*", das auf dem Parteitag im Jahr 2000 beschlossen wurde.

Zu nennen wären auch andere Parteitagsbeschlüsse wie das *Aktionsprogramm* von 1996 oder wie die "*Politische Erklärung*", die wir auf der 1. Tagung des 17. Parteitages annahmen. All diese Dokumente waren Schritte auf dem Weg zu einem neuen Programm unserer Partei.

Ausgangspunkt bei der Erarbeitung waren - neben der Berücksichtigung der erlangten historischen Erfahrungen - hier vor allem Grundaussagen, die sich auch im Erfurter Programm von 1891 finden. Es leidet aber - anders als das Erfurter Programm - an seiner Länge und ist zudem noch weitaus umfangreicher als dieses.

Was sind die Inhalte des Programms?

Wir haben mit dem 2006 beschlossenen Parteiprogramm einen Konsens gefunden und in manchen Fragen einen Kompromiss.

In unserem Parteiprogramm von 2006 wird (1) *eine grundlegende marxistische Imperialismus-analyse* vorgenommen.

Dabei mussten wir uns zu neuen - widersprüchlichen - ökonomischen und politischen *Entwicklungen im Monopolkapitalismus*, die nach dem Ende der Systemkonkurrenz noch offensichtlicher wurden, Positionen erarbeiten, den Stand der internationalen Verflechtung des Kapitals neu einschätzen, die sich immer deutlicher abzeichnende wachsende Rolle der Finanzmärkte und der Spekulation analysieren.

Die kommende tiefe Wirtschafts- und Finanzkrise war 2006 nicht absehbar, deren allgemeine Einschätzung mussten wir uns in den vergangenen Jahren erarbeiten. Sie findet sich in der "Politischen Resolution", die auf dem 19. Parteitag der DKP 2010 beschlossen wurde.¹⁰ Dort stellten wir fest: "Die gegenwärtige ökonomische Krise ist ... eine Doppelkrise: Sie ist sowohl zyklische Krise als auch eine Krise des neoliberalen, finanzdominierten Wachstumsregimes. Beide 'überlagern' und bedingen sich."

Diese Wirtschafts- und Finanzkrise ist - wie in der "Politischen Resolution" vor einem Jahr festgestellt - tatsächlich tiefer und umfassender als jede Krise des kapitalistischen Wirtschafts- und des Finanzsystems zuvor.

Sie wird begleitet und verstärkt durch die Energie- und Klimakrise, durch die Ernährungskrise, durch die immer gravierendere Krise der Politik und der bürgerlichen Demokratie, die anhaltende Krise im Nahen Osten, das Scheitern der USA und der NATO im Krieg in Afghanistan, im Irak usw. usf.

In den letzten Monaten wurde all dies auf dramatische Weise bestätigt. Ich nenne nur die Stichworte "Fukushima", "Revolte in Nordafrika und im Nahen Osten", "Krieg gegen Gaddafi" oder die durch die Spekulation mit Rohstoffen und Nahrungsmitteln sowie Krieg forcierte Hungersnot in Nordafrika, "Griechenland".

In der "Politischen Resolution" haben wir darauf verwiesen, dass solche Verflechtungen und Zuspitzungen aber bedeuten würden, "dass grundlegende Umbrüche in den gesellschaftlichen Verhältnissen - den Formen der Produktion, der Machtausübung des Kapitals, im Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit, im internationalen Kräfteverhältnis usw. - zu erwarten sind". Die gegenwärtige Krise bedeutet, so wurde auch betont, angesichts der bestehenden Kräfteverhältnisse jedoch nicht das Ende des Kapitalismus.

Diese Krise kann neue Entwicklungen im Rahmen des Systems befördern, Produktivkraftentwicklungen beschleunigen (Stichworte: Atomausstieg, erneuerbare Energien) und Umbrüche auf Kosten der Mehrheit der Menschen. Dafür spricht derzeit noch viel mehr als vor einem Jahr.

In der "Politischen Resolution" schrieben wir auch, dass sich die gegenwärtige Krise "als Übergangskrise zu einer neuen Entwicklungsetappe des Kapitalismus erweisen (könne). Sie könnte aber auch die Suche nach einem demokratischen Ausweg beschleunigen."¹¹

Im Parteiprogramm der DKP wurde (2) *die entscheidende Rolle der Arbeiterklasse zur Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse* hervorgehoben.

Im Programm von 2006 konnte die Gesamtheit der Veränderungen in der Arbeiterklasse, ihrer Arbeits- und Lebensbedingungen im Einzelnen nicht berücksichtigt werden - dies ist die Aufgabe weiterer Analyse und Diskussionen, die wir meines Erachtens nicht intensiv genug in der gesamten Partei führen, zum Problemkreis "Arbeiterklasse - neue Strukturen, neue Bedingungen des Kampfes: Wie lernt die Klasse wieder zu kämpfen?" Das aber ist für eine KP eine Schlüsselfrage.

Ausgangspunkt der Analyse müssen jene Veränderungen der Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeiterklasse in unserem Land sein, die sich in den letzten Jahrzehnten vollzogen hat. Die kapitalistische Entwicklung der letzten Jahrzehnte, vor allem seit 1990, hat dabei zu einer enormen Differenzierung der Existenzbedingungen und Interessen der Werktätigen geführt, hat zudem die

alten Arbeitermilieus aufgelöst. Das ist eine völlig andere Situation als zu Zeiten des Erfurter Parteitagess 1891, einer Zeit, die durch die Entstehung von Großbetrieben, in denen Tausende Arbeiterinnen und Arbeiter beschäftigt waren, gekennzeichnet war.

Die heutigen Veränderungen sowie die Wirkungen von Schule, Ausbildung, Arbeit, Kultur und Medien, die Vorherrschaft der bürgerlichen Ideologie in der Gesellschaft, spiegeln sich in den Organisationen der Klasse - und damit auch in den kommunistischen Parteien - wider. Sie verändern Lebens-, Denk- und Verhaltensweisen. Auch dies spüren wir in der eigenen Partei, und das macht wahrscheinlich auch in unseren Reihen die notwendigen inhaltlichen Debatten über Grundfragen der gesellschaftlichen Entwicklung so schwer.

(3) Als langfristiges Ziel der DKP wird im Programm der DKP nach wie vor der *Sozialismus/Kommunismus* gesehen. Die Erfolge wie die Ursachen der Niederlage des Sozialismus in Europa werden untersucht, die Leistungen der DDR gewürdigt.

(4) Die Analysen der Gesellschaft, der Arbeiterklasse, der Klassenkampfbedingungen sowie die Bündnisvorstellungen der DKP werden zusammengeführt in ein *Konzept zur Entwicklung breiter Gegenbewegungen* unter Bedingungen der Bundesrepublik Deutschland. Und hier geht es gerade darum, auch unter Berücksichtigung wichtiger historischer Erfahrungen, heute breite Allianzen zu schaffen, um Gegenmacht aufzubauen und das Kräfteverhältnis zu verändern.

(5) *Vorstellungen über antimonopolistische Umwälzungen* werden in unserem Programm entwickelt, in deren Verlauf tatsächlich Kapitalmacht eingeschränkt und beschnitten wird. Letztlich geht es jedoch um die revolutionäre Veränderung der Gesellschaft, der bestehenden Eigentums- und Machtverhältnisse. Ingo Wagner hat jedoch sicher Recht, wenn er in mehreren Beiträgen - zuletzt auch in der UZ - von uns einfordert, hier weiterzuarbeiten.

*

In allen Auseinandersetzungen geht es heute um die Verteidigung sozialer und demokratischer Rechte, aber auch um Schritte, die Macht des Kapitals "zurückzudrängen", einzuschränken.

Doch zunehmende Unsicherheit im Leben, Angst vor der Zukunft prägt das Leben vieler Menschen. Zum ersten Mal in der Nachkriegsgeschichte stehen auch in der Bundesrepublik seit einer Reihe von Jahren die jüngeren Generationen schlechter da als ihre Eltern.

In der "Politischen Resolution" des 19. Parteitagess der DKP, der im Oktober 2010 stattfand, stellten wir fest: "Das wirkt - trotz wachsender Einsicht, dass diese Gesellschaft sozial ungerecht ist, trotz des sinkenden Vertrauens in den Kapitalismus - nach wie vor stärker als die Bereitschaft zu Widerstand. Aus Empörung und Wut erwächst noch kein gemeinsames Handeln. Angst und Unsicherheit, zunehmende soziale Ungleichheit und Entsolidarisierung wirken sich wesentlich und negativ auf die Entstehung wie die Ausweitung betrieblicher, gewerkschaftlicher Gegenwehr wie die Formierung eines allgemeinen, breiten außerparlamentarischen Widerstandes aus."¹²

Aber da hat sich etwas verändert: Empörung und Wut aber haben weltweit in den letzten Monaten Millionen Menschen auf die Straße gebracht. Bewegungen sind entstanden, die vor Kurzem so nicht absehbar waren. Soziale Schichten wurden aktiv, die bislang mehrheitlich als Befürworter des Kapitalismus galten: gegen Stuttgart 21, für den Ausstieg aus der Kernenergiegewinnung aber auch für demokratische und soziale Rechte wie in Spanien, Italien, Portugal, Griechenland, Israel und den USA. Die Proteste haben jetzt die Wall Street erreicht. Kapitalismuskritische Positionen nehmen zu. Und damit entstehen neue Möglichkeiten für das Wirken der Kommunistinnen und Kommunisten, der gesamten antikapitalistischen Linken.

Können wir diese Möglichkeiten wahrnehmen?

Gemeinsamkeiten und Streitpunkte

In der Programmdebatte der DKP erwies sich, dass es in der Partei große weltanschauliche und politische Gemeinsamkeiten in wichtigen Fragen gab und gibt. Diese betreffen grundlegende Einschätzungen

- des Wesens des Kapitalismus, der Ausbeutungsverhältnisse, der Ursachen für Kriege usw.;
- der Rolle der Arbeiterklasse als entscheidende gesellschaftsverändernde Kraft;
- der Notwendigkeit der revolutionären Veränderung der bestehenden Verhältnisse und das sozialistische Ziel.

In der Programmdebatte wurde zugleich deutlich, dass Meinungsunterschiede existieren, die in Vielem deutlich wurden und werden: Im theoretischen und methodischen Herangehen an die Untersuchung aktueller Entwicklungstendenzen des Kapitalismus, in der Frage des Verhältnisses zur Einheitsgewerkschaft, in der Bündnisfrage, bei der Rolle, die der eigenen Partei in den heutigen Kämpfen zugemessen wird, im Verhalten zur eigenen Geschichte und den Fehlern unserer Bewegung sowie bei den daraus gezogenen Schlussfolgerungen für die politische Arbeit.

Die Meinungsverschiedenheiten wurden auch nach dem Parteitag nicht überwunden. Sie verfestigten sich und führten zu Personalisierungen. Einige Genossinnen und Genossen sprechen schon von "zwei Strömungen" in unserer Partei. Der Streit spitzte sich vor allem vor dem 19. Parteitag im vergangenen Jahr zu.

Die gegenwärtige Situation unserer Partei in einer Zeit, in der sich gesellschaftliche Widersprüche extrem zuspitzen, in der weltweit Bewegung und Widerstand entsteht, ist möglicherweise die schwierigste in ihrer bisherigen Geschichte. Es ist deutlich zu spüren, dass die Niederlage des Sozialismus 1989/90 nicht überwunden und auch theoretisch nicht verarbeitet ist und zudem viel Wissen verloren ging.

Die in unserer Partei sehr unterschiedlich genutzten Möglichkeiten der politischen Bildung und ihr Umfang konnten dieses Defizit nicht ausgleichen.

Es gibt meines Erachtens verschiedene Gründe für die Meinungsunterschiede:

Manchmal werden aus empirischen Untersuchungsergebnissen aufgrund unterschiedlicher Ausgangshypothesen differierende Schlussfolgerungen gezogen oder man geht von unterschiedlichen theoretischen Ansätzen (auf gemeinsamer weltanschaulicher Basis) aus. Wahrzunehmen ist manchmal auch eine mangelnde Unterscheidung der Betrachtungsebenen.

Andere Meinungsunterschiede folgen wahrscheinlich aus unterschiedlichen Erfahrungen. Manche Diskussion und die starke Betonung der eigenen Rolle in den gesellschaftlichen Auseinandersetzungen war und ist in dieser Debatte sicherlich auch von der Sorge geprägt, die DKP würde ihr kommunistisches Profil doch noch aufgeben und möglicherweise in der PDS bzw. der Partei "Die Linke" oder in den gesellschaftlichen Bewegungen aufgehen.

Manch anderes - was die Möglichkeit der Gesellschaftsveränderung unter heutigen Bedingungen betrifft - ist wie die Vorstellung, man könne mit radikaleren Losungen schneller Menschen überzeugen, für ihre eigenen Interessen aktiv zu werden, Wunschvorstellung. Auszugehen ist aber von den konkreten Bedürfnissen und Forderungen der arbeitenden Massen. In jedem Entwicklungsstadium sind das Niveau und der unvermeidliche Lernprozess der Menschen zu beachten.

Wunschvorstellungen haben mit einer umfassenden Analyse der gesellschaftlichen Verhältnisse wenig zu tun, sie führen schnell in den subjektiven Idealismus. Ein daraus womöglich resultierender selbsterhebender Avantgardeanspruch - ohne reale, tagtäglich in Bewegungen und Auseinandersetzungen neu eroberte Basis und Autorität - führt in die Isolation. Das zeigt die Geschichte. Dies gilt heute mehr denn je.

In einer solchen Situation entsteht zudem die Gefahr, sich an Altem, scheinbar Bewährtem festzuhalten. Karl Marx machte im 18. Brumaire darauf aufmerksam: "Die Menschen machen ihre eigene Geschichte, aber sie machen sie nicht aus freien Stücken, nicht unter selbstgewählten, sondern unter unmittelbar vorgefundenen, gegebenen und überlieferten Umständen." Und fuhr dann fort: "Die Tradition aller toten Geschlechter lastet wie ein Alp auf dem Gehirne der Lebenden. Und wenn sie eben damit beschäftigt scheinen, sich und die Dinge umzuwälzen, noch nicht Dagewoneses zu schaffen, gerade in solchen Epochen revolutionärer Krise beschwören sie ängstlich die Geister der Vergangenheit zu ihrem Dienste herauf, entlehnen ihnen Namen, Schlachtparole, Kostüm, um in dieser altherwürdigen Verkleidung und mit dieser erborgten Sprache die neue Weltgeschichtsszene aufzuführen. So maskierte sich Luther als Apostel Paulus, die Revolution von 1789 - 1814 drapierte sich abwechselnd als römische Republik und als römisches Kaisertum, und die Revolution von 1848 wusste nichts Besseres zu tun, als hier 1789, dort die revolutionäre Überlieferung von 1793 - 1795 zu parodieren. So übersetzt der Anfänger, der eine neue Sprache erlernt hat, sie immer zurück in seine Muttersprache, aber den Geist der neuen Sprache hat er sich nur angeeignet, und frei in ihr zu produzieren vermag er nur, sobald er sich ohne Rückerinnerung in ihr bewegt und die ihm angestammte Sprache in ihr vergisst."¹³

Notwendig wäre heute bei uns ein sachlicher Meinungsstreit, eine umfassende Diskussion auf marxistischer Grundlage, um die Aussage unseres Parteiprogramms angesichts aktueller Ent-

wicklungen zu vertiefen. Insgesamt wäre - wie Ingo Wagner kürzlich in einem Beitrag in der UZ einforderte - ein sachbezogener, geduldiger, längerer kollektiver Diskussionsprozess nötig.

Stattdessen lähmt uns dieser Streit - theoretisch wie politisch -, weil er die Ebene der Sachdebatte lange verlassen hat.

Wir müssen uns also heute - auch aus der Geschichte der Arbeiterbewegung des 19. Jahrhunderts lernend - in der noch kleiner gewordenen Schar der Kommunistinnen und Kommunisten unter anderem zurückbesinnen auf die Gemeinsamkeiten, auf unser gemeinsames Ziel, auf die Sachlichkeit der Debatte, die Achtung voreinander, vor allem auf die Wissenschaftlichkeit unserer Weltanschauung und die dialektisch-materialistische Methode.

Wissenschaftlichkeit bedeutet dabei nicht nur die Arbeiten von Marx, Engels, Lenin wiederzugeben. Notwendig ist es, sie zu analysieren, zu studieren und dabei die Entwicklung ihrer Erkenntnisse, ihre Korrektur eigener Irrtümer und Einseitigkeiten zur Kenntnis zu nehmen.

In einem Brief an Laura Lafargue vom 4. Mai 1891 nannte Engels die marxistische Theorie "die lebendige Theorie der Aktion, der Arbeit mit der Arbeiterklasse in jedem möglichen Stadium ihrer Entwicklung", und "keine Sammlung von Dogmen, die auswendig zu lernen und aufzusagen sind wie eine Beschwörungsformel oder ein katholisches Gebet"¹⁴.

Wissenschaftlichkeit bedeutet auch

- die Weiterentwicklung philosophischer, ökonomischer, soziologischer Vorstellungen, historischer Analysen usw. durch andere Marxistinnen und Marxisten zu berücksichtigen. Dazu gehören viele Untersuchungen von marxistischen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern der Sowjetunion, der DDR, Kubas, aus anderen sozialistischen Ländern sowie aus Westeuropa, den USA usw., aber auch die Arbeiten unserer Genossinnen und Genossen aus dem Institut für marxistische Studien in Frankfurt a. M.

- wie Marx, Engels, Lenin wichtige Ergebnisse nichtmarxistischer Forscherinnen und Forscher zu analysieren und für die eigenen Überlegungen zu nutzen.

Wissenschaftlichkeit erfordert aber auch ein entsprechendes methodisches Vorgehen bei der Analyse der gesellschaftlichen Prozesse. Und hier liefert die dialektisch-materialistische Methode, die man erlernen kann und ständig üben muss, eine grundlegende Orientierung.

Ich möchte hier nur kurz an einige wenige wesentliche Momente dialektisch-materialistischen Herangehens erinnern: Ende 1990, Anfang 1991 machte Jupp Schleifstein in seinem in Fortsetzungen in den Marxistischen Blättern erschienenen Artikel "Lenins Auffassung der Parteiorganisation"¹⁵ darauf aufmerksam, dass dem Leninschen Denken neben dem *Grundsatz der Objektivität* und dem der *Allseitigkeit der Betrachtung* noch zwei weitere wesentliche Elemente zugrunde lagen: "*Historizität und Dialektik*", die beide eng miteinander verbunden waren. Jedes dieser Elemente", so Schleifstein, "aber richtete sich gegen die ahistorische Dogmatisierung einer bestimmten Idee oder These, gegen den Verzicht auf die konkret-historische Untersuchung; gegen das Kleben an einmal richtig gewesenen Formeln, gegen die Vereinseitigung und Verabsolutierung von Kampf und Organisationsformen; gegen den Glauben an widerspruchsfreie Entwicklungen; gegen jeden Verzicht auf die ständige Überprüfung der eigenen Praxis an der sich verändernden gesellschaftlichen Realität."¹⁶

Objektivität der Betrachtung bedeutet auch, zunächst und zuallererst nach den objektiven gesellschaftlichen Grundlagen der historischen Entwicklung und nach den Ursachen für das Verhalten von Menschen und für Denkweisen zu suchen, ohne individuelle und subjektive Faktoren wie das familiäre Umfeld, eigene Erfahrungen, Interessen usw. zu vernachlässigen.

Objektivität der Betrachtung

- bedeutet beständige und allseitige Analyse, Untersuchung der ökonomischen, sozialen und politischen Verhältnisse, "die Untersuchung der Gesamtheit" der mannigfaltigen, vielfachen und widersprüchlichen Zusammenhänge und ihrer Ursachen, so wie sie wirklich sind, ohne erdachte Zutat.

- erfordert, die Existenz- und Begleitbedingungen historischer Prozesse zu berücksichtigen sowie die Spezifik und Komplexität von Prozessen - wie der heutigen Krise - zu untersuchen;

- schließt ein, die möglichen praktischen Folgen bestimmter Positionen zu analysieren und Vorschläge für die Lösung von Konflikten zu suchen.

Ich meine, wir müssen hier als Partei viel zurückgewinnen und wieder neu lernen, damit wir theoretisch sowie durch unsere praktisch politische Arbeit die DKP attraktiv machen, eine aktivere

und organisierende Rolle im Kampf gegen eine sozialreaktionäre Lösung der Krise spielen und zur Formierung breiter Gegenkräfte, von starken Allianzen gegen die herrschende Politik beitragen.

Anmerkungen

- 1 Programm der DKP, 2006, gedruckte Ausgabe, S. 9.
- 2 Ebenda, S. 8.
- 3 Protokoll des Hamburger Parteitages der DKP, S. 506 - 614.
- 4 Ebenda, S. 510.
- 5 Die DKP: Gründung, Entwicklung, Bedeutung. Hrsg. Max Schäfer, Verlag Marxistische Blätter, Frankfurt am Main 1978.
- 6 Protokoll des Essener Parteitages, S. 225.
- 7 Ebenda.
- 8 Ebenda, S. 236.
- 9 Vgl. Männer Grüß, Björn Blach, Thomas Kurth: Antimonopolistische Strategie und die Idee der "Antimonopolistischen Demokratie", UZ vom 23. 9. 2011, S. 15 - dazu die Kritik von Willi Gerns und Robert Steigerwald: "Wiederum nichts als Unterstellungen" (UZ vom 29. 7. 2011, S. 12) sowie Robert Steigerwald: Es geht um Grundlagen der Politik der DKP, UZ vom 7. 10. 2011, S. 15.
- 10 Politische Resolution des 19. Parteitages der DKP, S. 1 - 2.
- 11 Ebenda, S. 2.
- 12 Ebenda, S. 4.
- 13 Karl Marx: Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte, MEW, Bd. 8, S. 115.
- 14 MEW, Bd. 38, S. 101.
- 15 MBI 6-90, 1-91 sowie 2-91.
- 16 Josef Schleifstein: Lenins Auffassung der Parteiorganisation als geschichtliches Problem. Erster Teil. In: Marxistische Blätter, Heft 6/1990, S.79.

Dokumente

Programm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Erfurter Programm)

Die ökonomische Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft führt mit Naturnotwendigkeit zum Untergang des Kleinbetriebes, dessen Grundlage das Privateigentum des Arbeiters an seinen Produktionsmitteln bildet. Sie trennt den Arbeiter von seinen Produktionsmitteln und verwandelt ihn in einen besitzlosen Proletarier, indes die Produktionsmittel das Monopol einer verhältnismäßig kleinen Zahl von Kapitalisten und Großgrundbesitzern werden.

Hand in Hand mit dieser Monopolisierung der Produktionsmittel geht die Veränderung der zersplitterten Kleinbetriebe durch kolossale Großbetriebe, geht die Entwicklung des Werkzeugs zur Maschine, geht ein riesenhaftes Wachstum der Produktivität der menschlichen Arbeit. Aber alle Vorteile dieser Umwandlung werden von den Kapitalisten und Großgrundbesitzern monopolisiert. Für das Proletariat und die versinkenden Mittelschichten - Kleinbürger, Bauern - bedeutet sie wachsende Zunahme der Unsicherheit ihrer Existenz, des Elends, des Drucks, der Knechtung, der Erniedrigung, der Ausbeutung.

Immer größer wird die Zahl der Proletarier, immer massenhafter die Armee der überschüssigen Arbeiter, immer schroffer der Gegensatz zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten, immer erbitterter der Klassenkampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat, der die moderne Gesellschaft in zwei feindliche Heerlager trennt und das gemeinsame Merkmal aller Industrieländer ist.

Der Abgrund zwischen Besitzenden und Besitzlosen wird noch erweitert durch die im Wesen der kapitalistischen Produktionsweise begründeten Krisen, die immer umfangreicher und verheerender werden, die allgemeine Unsicherheit zum Normalzustand der Gesellschaft erheben und den Beweis liefern, daß das Privateigentum an Produktionsmitteln unvereinbar geworden ist mit deren zweckentsprechender Anwendung und voller Entwicklung.

Das Privateigentum an Produktionsmitteln, welches ehemals das Mittel war, dem Produzenten das Eigentum an seinem Produkt zu sichern, ist heute zum Mittel geworden, Bauern, Handwerker und Kleinhändler zu expropriieren und die Nichtarbeiter - Kapitalisten, Großgrundbesitzer - in den Besitz des Produkts der Arbeiter zu setzen. Nur die Verwandlung des kapitalistischen Privat-

eigentums an Produktionsmitteln - Grund und Boden, Gruben und Bergwerke, Rohstoffe, Werkzeuge, Maschinen, Verkehrsmittel - in gesellschaftliches Eigentum und die Umwandlung der Warenproduktion in sozialistische, für und durch die Gesellschaft betriebene Produktion kann es bewirken, daß der Großbetrieb und die stets wachsende Ertragsfähigkeit der gesellschaftlichen Arbeit für die bisher ausgebeuteten Klassen aus einer Quelle des Elends und der Unterdrückung zu einer Quelle der höchsten Wohlfahrt und allseitiger, harmonischer Vervollkommnung werde.

Diese gesellschaftliche Umwandlung bedeutet die Befreiung nicht bloß des Proletariats, sondern des gesamten Menschengeschlechts, das unter den heutigen Zuständen leidet. Aber sie kann nur das Werk der Arbeiterklasse sein, weil alle anderen Klassen, trotz der Interessenstreitigkeiten unter sich, auf dem Boden des Privateigentums an Produktionsmitteln stehen und die Erhaltung der Grundlagen der heutigen Gesellschaft zum gemeinsamen Ziel haben.

Der Kampf der Arbeiterklasse gegen die kapitalistische Ausbeutung ist notwendigerweise ein politischer Kampf. Die Arbeiterklasse kann ihre ökonomischen Kämpfe nicht führen und ihre ökonomische Organisation nicht entwickeln ohne politische Rechte. Sie kann den Übergang der Produktionsmittel in den Besitz der Gesamtheit nicht bewirken, ohne in den Besitz der politischen Macht gekommen zu sein.

Diesen Kampf der Arbeiterklasse zu einem bewußten und einheitlichen zu gestalten und ihm sein naturnotwendiges Ziel zu weisen - das ist die Aufgabe der Sozialdemokratischen Partei.

Die Interessen der Arbeiterklasse sind in allen Ländern mit kapitalistischer Produktionsweise die gleichen. Mit der Ausdehnung des Weltverkehrs und der Produktion für den Weltmarkt wird die Lage der Arbeiter eines jeden Landes immer abhängiger von der Lage der Arbeiter in den andern Ländern. Die Befreiung der Arbeiterklasse ist also ein Werk, an dem die Arbeiter aller Kulturländer gleichmäßig beteiligt sind. In dieser Erkenntnis fühlt und erklärt die Sozialdemokratische Partei Deutschlands sich eins mit den klassenbewußten Arbeitern aller übrigen Länder.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands kämpft also nicht für neue Klassenprivilegien und Vorrechte, sondern für die Abschaffung der Klassenherrschaft und der Klassen selbst und für gleiche Rechte und gleiche Pflichten aller ohne Unterschied des Geschlechts und der Abstammung. Von diesen Anschauungen ausgehend, bekämpft sie in der heutigen Gesellschaft nicht bloß die Ausbeutung und Unterdrückung der Lohnarbeiter, sondern jede Art der Ausbeutung und Unterdrückung, richte sie sich gegen eine Klasse, eine Partei, ein Geschlecht oder eine Rasse.

Ausgehend von diesen Grundsätzen, fordert die Sozialdemokratische Partei Deutschlands zunächst:

1. Allgemeines, gleiches, direktes Wahl- und Stimmrecht mit geheimer Stimmabgabe aller über 20 Jahre alten Reichsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts für alle Wahlen und Abstimmungen. Proportionalwahlssystem und bis zu dessen Einführung gesetzliche Neueinteilung der Wahlkreise nach jeder Volkszählung. Zweijährige Gesetzgebungsperioden. Vornahme der Wahlen und Abstimmungen an einem gesetzlichen Ruhetage. Entschädigung für die gewählten Vertreter. Aufhebung jeder Beschränkung politischer Rechte außer im Falle der Entmündigung.

2. Direkte Gesetzgebung durch das Volk vermittelt des Vorschlags- und Verwerfungsrechts. Selbstbestimmung und Selbstverwaltung des Volks in Reich, Staat, Provinz und Gemeinde. Wahl der Behörden durch das Volk, Verantwortlichkeit und Haftbarkeit derselben. Jährliche Steuerbewilligung.

3. Erziehung zur allgemeinen Wehrhaftigkeit. Volkswehr anstelle der stehenden Heere. Entscheidung über Krieg und Frieden durch die Volksvertretung. Schlichtung aller internationalen Streitigkeiten auf schiedsgerichtlichem Wege.

4. Abschaffung aller Gesetze, welche die freie Meinungsäußerung und das Recht der Vereinigung und Versammlung einschränken oder unterdrücken.

5. Abschaffung aller Gesetze, welche die Frau in öffentlich- und privatrechtlicher Beziehung gegenüber dem Manne benachteiligen.

6. Erklärung der Religion zur Privatsache. Abschaffung aller Aufwendungen aus öffentlichen Mitteln zu kirchlichen und religiösen Zwecken. Die kirchlichen und religiösen Gemeinschaften sind als private Vereinigungen zu betrachten, welche ihre Angelegenheiten vollkommen selbständig ordnen.

7. Weltlichkeit der Schule. Obligatorischer Besuch der öffentlichen Volksschulen. Unentgeltlichkeit des Unterrichts, der Lehrmittel und der Verpflegung in den öffentlichen Volksschulen sowie in

den höheren Bildungsanstalten für diejenigen Schüler und Schülerinnen, die kraft ihrer Fähigkeiten zur weiteren Ausbildung geeignet erachtet werden.

8. Unentgeltlichkeit der Rechtspflege und des Rechtsbeistands. Rechtsprechung durch vom Volk gewählte Richter. Berufung in Strafsachen. Entschädigung unschuldig Angeklagter, Verhafteter und Verurteilter. Abschaffung der Todesstrafe.

9. Unentgeltlichkeit der ärztlichen Hilfeleistung einschließlich der Geburtshilfe und der Heilmittel. Unentgeltlichkeit der Totenbestattung.

10. Stufenweis steigende Einkommens- und Vermögenssteuer zur Bestreitung aller öffentlichen Ausgaben, soweit diese durch Steuern zu decken sind. Selbsteinschätzungspflicht. Erbschaftsteuer, stufenweise steigend nach Umfang des Erbguts und nach dem Grade der Verwandtschaft. Abschaffung aller indirekten Steuern, Zölle und sonstigen wirtschaftspolitischen Maßnahmen, welche die Interessen der Allgemeinheit den Interessen einer bevorzugten Minderheit opfern.

Zum Schutze der Arbeiterklasse fordert die Sozialdemokratische Partei Deutschlands zunächst:

1. Eine wirksame nationale und internationale Arbeiterschutzgesetzgebung auf folgender Grundlage:

- a) Festsetzung eines höchstens acht Stunden betragenden Normalarbeitstags.
 - b) Verbot der Erwerbsarbeit für Kinder unter 14 Jahren.
 - c) Verbot der Nachtarbeit, außer für solche Industriezweige, die ihrer Natur nach, aus technischen Gründen oder aus Gründen der öffentlichen Wohlfahrt Nachtarbeit erheischen.
 - d) Eine ununterbrochene Ruhepause von mindestens 36 Stunden in jeder Woche für jeden Arbeiter.
 - e) Verbot des Truicksystems.
2. Überwachung aller gewerblichen Betriebe, Erforschung und Regelung der Arbeitsverhältnisse in Stadt und Land durch ein Reichsarbeitsamt, Bezirksarbeitsämter und Arbeitskammern. Durchgreifende gewerbliche Hygiene.
3. Rechtliche Gleichstellung der landwirtschaftlichen Arbeiter und der Dienstboten mit den gewerblichen Arbeitern; Beseitigung der Gesindeordnungen.
4. Sicherstellung des Koalitionsrechts.
5. Übernahme der gesamten Arbeiterversicherung durch das Reich mit maßgebender Mitwirkung der Arbeiter an der Verwaltung.

Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Abgehalten zu Erfurt vom 14. bis 20. Oktober 1891, Berlin 1891, S. 3 - 6.

Resolution des Erfurter Parteitages 1891 zur Taktik der Partei¹

In Erwägung, daß die Eroberung der politischen Macht das erste und Hauptziel ist, nach der jede klassenbewußte Proletarierbewegung streben muß, daß aber die Eroberung der politischen Macht nicht das Werk eines Augenblickes, nicht die Frucht einer momentan gelungenen Überrumpelung des Gegners sein kann, sondern nur durch zähe und ausdauernde Arbeit und geschickte Benutzung aller Mittel und Wege, die sich der Propaganda für unsere Ideen und Ziele in der gesamten Arbeiterklasse darbieten, errungen werden kann, erklärt der Parteitag:

Es liegt kein Grund vor, die bisherige Taktik der Partei zu ändern.

Der Parteitag betrachtet es vielmehr noch immer als Pflicht der Parteigenossen, mit allen ihnen zu Gebote stehenden Kräften und Mitteln die Agitation für die Reichstags-, Landtags- und Gemeinderatswahlen zu betreiben, wo immer nur eine Aussicht auf Erfolg, ohne Verletzung des Prinzips, sich bietet.

Ohne sich bei der Beschränktheit und dem Klassenegoismus der bürgerlichen Parteien über den Wert der parlamentarischen Erfolge in bezug auf unsere Grundforderungen der geringsten Illusion hinzugeben, betrachtet der Parteitag die Agitation für die Reichstags-, Landtags- und Gemeinderatswahlen als besonders wirksam für die sozialistische Propaganda, weil sie die beste Gelegenheit bietet, mit den proletarischen Klassen in Berührung zu kommen und dieselben über ihre Klassenlage aufzuklären, und weil die Benutzung der parlamentarischen Tribüne das wirksamste Mittel ist, die Unzulänglichkeit der öffentlichen Gewalten zur Hebung der sozialen Übel

darzulegen und die Unfähigkeit der herrschenden Klassen, den neuen Kulturbedürfnissen, deren Befriedigung die Arbeiterklasse fordert, gerecht zu werden, vor aller Welt zu offenbaren.

Der Parteitag verlangt von den Vertretern der Partei, daß sie fest und entschieden im Sinne des Parteiprogramms wirken und, ohne auf die Erlangung von Konzessionen seitens der herrschenden Klassen zu verzichten, immer das ganze und letzte Ziel der Partei im Auge haben.

Der Parteitag verlangt ferner von jedem einzelnen Genossen, daß er den Beschlüssen der Gesamtheit und den Anordnungen der Parteiorgane, solange diese innerhalb der ihnen zugewiesenen Befugnisse handeln, volle Beachtung schenkt und in der Erkenntnis, daß eine Kampfpartei wie die sozialdemokratische nur in strengster Disziplin und Unterwerfung unter den Willen der Gesamtpartei ihr Ziel erreichen kann, diese Disziplin und diese Unterwerfung übt.

Der Parteitag erklärt ausdrücklich, daß die Kritik an den Handlungen oder Unterlassungen der Parteiorgane und der parlamentarischen Vertreter der Partei ein einem jeden Parteigenossen zustehendes selbstverständliches Recht ist, er verlangt aber, daß diese Kritik in Formen geübt werde, die eine sachliche Auseinandersetzung dem angegriffenen Teil ermöglichen. Er fordert insbesondere, daß kein Parteigenosse persönliche Anschuldigungen oder Anklagen öffentlich erhebt, bevor er sich nicht von der Richtigkeit der erhobenen Anschuldigungen oder Anklagen überzeugt und alle ihm nach der Organisation zustehenden Mittel erschöpft hat, um Abhilfe zu schaffen.

Endlich ist der Parteitag der Anschauung, daß der in den Statuten der Internationalen Arbeiterassoziation von 1864 ausgesprochene Grundsatz: "daß Wahrheit, Recht und Sitte als die Grundlage für das Betragen aller ihrer Mitglieder untereinander und gegen alle ihre Mitmenschen ohne Rücksicht auf Farbe, Bekenntnis oder Nationalität anzuerkennen sei"², auch heute noch die Richtschnur für die Handlungen der Parteigenossen sein muß.

Ebenda, S. 156 - 158.

Anmerkungen:

1 Diese von August Bebel eingebrachte Resolution wurde einstimmig angenommen.

2 Die von August Bebel zitierte Stelle aus den "Provisorischen Statuten der Internationalen Arbeiter-Assoziation" lautet: "... daß diese Internationale Assoziation und alle Gesellschaften und Individuen, die sich ihr anschließen, Wahrheit, Gerechtigkeit und Sittlichkeit anerkennen als die Regel ihres Verhaltens zueinander und zu allen Menschen, ohne Rücksicht auf Farbe, Glauben oder Nationalität." (Karl Marx/Friedrich Engels: Werke, Bd. 16, Berlin 1971, S. 15.)

Dr. Kurt Laser

Paul Singer auf dem Erfurter Parteitag 1891

Trotz der 2006 erschienenen guten und umfangreichen Biografie von Ursula Reuter steht Paul Singer immer noch im Schatten von August Bebel und Wilhelm Liebknecht, obwohl er etwa genauso lange wie Bebel und sogar zwei Jahre früher als dieser Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands war. Wenn man den Erfurter Parteitag, der vom 14. bis 21. Oktober 1891 tagte, nimmt, mag man vielleicht glauben zu Recht. Paul Singer, der den Wert des Programms für die Parteiarbeit in seinen Reden stets betonte, und durchaus theoretische Leistungen aufzuweisen hatte, überließ theoretische Überlegungen in dieser Frage aber anderen und nahm auf die Programmdiskussion des Jahres 1891 so gut wie keinen Einfluss. Als Friedrich Engels im Januar 1891 ohne vorherige Absprache mit dem sozialdemokratischen Parteivorstand die "Randglossen zum Programm der deutschen Arbeiterpartei" von Karl Marx und den dazugehörigen Begleitbrief durch Kautsky in der "Neuen Zeit" veröffentlichen ließ, verfolgte Singer in einem Brief, den er wenige Tage später an Engels sandte, offenbar nur die Absicht, die persönlichen Verstimmungen zu überwinden. Mit keinem Wort ging er auf die Randglossen und die aktuelle Programmdiskussion ein. Auch auf den von Bebel und Liebknecht im Frühsommer 1891 entwickelten Programmwurf, der Mitte Juni vom Parteivorstand verabschiedet, Ende Juni aufgrund der Kritik von Engels überarbeitet und am 4. Juli 1891 im "Vorwärts" veröffentlicht wurde, hatte Singer keinen

nachweisbaren Einfluss. Er nahm zwar vermutlich noch an einer Beratung des Entwurfs im Parteivorstand am 20. Juni teil, nicht jedoch an der entscheidenden Besprechung Ende des Monats.¹

Am 8. Juli teilte er Liebknecht aus Bad Soden seine Meinung über den inzwischen veröffentlichten Entwurf mit: "Das Programm ist jetzt doch etwas besser als zuvor u[nd] ich denke es giebt in der Partei keinen Anlass zu langen Diskussionen. ... Für mich käme nur noch in Frage, ob nicht an einer passenden Stelle ... die Forderung der Republik anzubringen wäre, denn daß in einer Demokratie oder auch bei einem Verhältniß wie es in Deutschland herrscht, die gestellten Forderungen - die an der Grundlage der heutigen Gesellschaft ja nichts ändern - gegenstandslos sind, ist klar. Aber schließlich kommt es darauf auch nicht an; nach meinem Dafürhalten werden wir in Deutschland die bürgerliche Revolution nicht durchzumachen brauchen, weil möglicherweise der Zusammenbruch der heutigen Gesellschaft lange vor Erfüllung unsrer an die heutige Gesellschaft gestellten Forderungen eintreten wird."²

Singer war wahrscheinlich die Kritik von Engels am Programmentwurf nicht bekannt, der geschrieben hatte: "Wenn etwas feststeht, so ist dies, daß unsre Partei und die Arbeiterklasse nur zu Herrschaft kommen kann unter der Form der demokratischen Republik. Diese ist sogar die spezifische Form für die Diktatur des Proletariats, wie schon die große französische Revolution gezeigt hat. Es ist doch undenkbar, dass unsere besten Leute unter einem Kaiser Minister werden sollten wie Miquel." 1918 waren dann aber doch zwei Sozialdemokraten Staatssekretäre unter dem "Hunnenkaiser" Wilhelm II.

Engels schrieb dann weiter: "Nun scheint es gesetzlich nicht anzugehen, daß man die Forderung der Republik direkt ins Programm setzt, obwohl das sogar unter Louis-Philippe in Frankreich ebenso zulässig war wie in Italien. Aber das Faktum, daß man nicht einmal ein offen republikanisches Parteiprogramm in Deutschland aufstellen darf, beweist, wie kolossal die Illusion ist, als könne man dort auf gemütlich-friedliche Weise die Republik einrichten und nicht nur die Republik, sondern die kommunistische Gesellschaft. Indes kann man an der Republik sich allenfalls vorbeidrücken. Was aber nach meiner Ansicht hinein sollte und hinein kann, das ist die Forderung der Konzentration aller politische Macht in den Händen der Volksvertretung."³

Nun wollen ja heute einige demokratische Sozialisten zwar nicht unter einem Kaiser Minister werden, aber schon unter einem Bundeskanzler, der dann zwar die Regierungsgeschäfte führt, während die Macht bei Ackermann & Co liegt, wie dieser selbst äußerte. Ackermann ist übrigens ein Ausländer, für dessen Ausweisung ich bin. Mit der von Engels genannten kommunistischen Gesellschaft haben ohnehin sogar einige demokratische Sozialisten nichts am Hut, die nicht zum Forum demokratischer Sozialismus gehören.

Paul Singers Vorstellungen über den Zusammenbruch der kapitalistischen Gesellschaft waren sicher illusionär und utopisch. Man kann sich jedoch nicht vorstellen, dass er - würde er heute leben - zu solchen Vorstellungen kommen würde, wie die Autoren der 13 Thesen des Forums demokratischer Sozialismus, die glauben, dass die kapitalistische Gesellschaft "zu ökonomischen und sozialen Innovationen sowie zur gesellschaftlichen Wohlförderung führte und führt - auch wenn dieser Wohlstand ungleich verteilt ist". Keine vorhergehende oder konkurrierende Gesellschaftsform garantierte ihrer Meinung nach einen solchen Grad an demokratischen Freiheitsrechten wie die bestehende - trotz aller Beschränkungen sozialer und anderer Rechte.⁴ Es fehlt die Zeit, im Einzelnen darauf einzugehen, und es gehört ja auch nicht zum eigentlichen Thema. Man kann sich aber trotzdem nur wundern, dass angesichts der gewaltigen Krise das kapitalistische System noch nicht zusammengebrochen ist. Allerdings gibt es heute - anders als 1891 - in Europa keine Kraft, die eine echte Alternative zu bieten hätte.

Paul Singer zeigte zwar kein besonderes Interesse an der theoretischen Programmdiskussion, beteiligte sich aber auf dem Parteitag aktiv an der Erörterung der Konzepte für die praktische Politik der Partei.⁵

Er leitete den Parteitag und begrüßte die Delegierten mit den Worten: "Wir haben auf dem bevorstehenden Parteitag eine Reihe ernster wichtiger Aufgaben zu erfüllen. Während es sich im vorigen Jahre auf dem Parteitag in Halle darum handelte, nach dem Falle des Sozialistengesetzes eine neue Organisation für die Partei zu schaffen, eine Organisation, welche die Partei in den Stand gesetzt hat, in energischer und erfolgreicher Weise ihre Prinzipien zu vertreten, für diese Ideale zu kämpfen, werden wir uns auf diesem Parteitag damit zu beschäftigen haben, uns ein neues Programm zu geben, welches wissenschaftlich unanfechtbar unsere Forderungen in klarer und allgemein verständlicher Form zum Ausdruck bringt."⁶

In der Diskussion reagierte Singer auf die rechtsopportunistischen Vorstöße des Reichstagsabgeordneten Georg von Vollmar, die dieser am 1. Juni und am 6. Juli 1891 in zwei Reden "über die nächsten Aufgaben der Sozialdemokratie" im Münchener Versammlungslokal "Eldorado" gehalten hatte. Es waren heftige Angriffe gegen die Ziele und die Grundlagen der Sozialdemokratie. Vollmar verlangte, dass sich die Partei auf taktische Tagesaufgaben konzentrieren sollte. Er entwickelte ein opportunistisches Aktionsprogramm und erklärte die Bereitschaft, dem "guten Willen" der herrschenden Klassen entgegenzukommen.⁷

In Berlin gab es im Sommer 1891 bei der Diskussion um das neue Programm außerdem Auseinandersetzungen mit der oppositionellen Strömung der "Jungen", die die Führer der Partei, vor allem Bebel und Liebknecht, persönlich angriffen. Über den "Krakeel" der "Jungen" hatte Paul Singer am 8. Juli aus seinem Kurort Friedrichsroda an Wilhelm Liebknecht geschrieben, dieser gehe "natürlich ebenso spurlos vorüber wie der frühere Scandal. Aber es ist doch bezeichnend, dass jeder Anlaß genutzt wird, um die sogenannte Spaltung auf der Bildfläche erscheinen zu lassen." Den Konflikt mit den "Jungen" sah Singer lediglich als "Sommertheater" an. Die Gefahr, die der Partei von Vollmar drohte, schien ihm dagegen weit größer zu sein. Mit dem "Ritter" - so nannte er Vollmar in einem Brief an Liebknecht vom 15. Juli - "liegt die Geschichte aber nicht so einfach; ohne Zweifel wird er in Erfurt keine Gegenliebe mit ... seiner Wuth mitzuwirken, finden, aber los werden wir ihn nicht, wie Du meinst". Doch dann wiegelte er wieder ab: "Im übrigen ist die ganze Geschichte von keiner Bedeutung, mit seinem Opportunismus lockt Vollmar keinen Hund hinter dem Ofen hervor u. abgesehen von den Münchenern - und dort auch nur durch die lokalen Verhältnisse gezwungen - findet die Eldorado-Rede, sowie ihre Erweiterung in der ganzen Partei keinen Widerhall."⁸

In Erfurt betonte Singer bei der Eröffnung der Diskussion, dass er sich vor allem mit Vollmars Rede beschäftigen werde, weil er dessen "Ausführungen und die sich daraus ergebenden Konsequenzen, wenn der Parteitag denselben etwa sollte zustimmen, für viel gefährlicher halte als die Ansichten der Oppositionellen und derer Wortführer". Er habe den Eindruck, "als ob Vollmar unsere letzten Ziele und den energischen Kampf für dieselben so als eine Art Familienreliquie in den Silberschrank gestellt hat, der nur bei besonders feierlichen Gelegenheiten geöffnet wird". Dieser Satz wurde mit Heiterkeit quittiert. Singer meinte nun aber, "dass die Propagierung unseres eigentlichen Ziels, der Kampf für die Beseitigung der bürgerlichen Gesellschaft ebenso ausdauernd, kräftig und nachhaltig geführt werden muss, wie der Kampf für irgendeine unserer aktuellen Forderungen. Wir können unmöglich eine solche Trennung unserer Forderungen vornehmen."⁹

Den Hauptnutzen des Parlamentarismus sah Singer in der agitatorisch wirksamen Vertretung der sozialdemokratischen Ideen im Reichstag. Die von der Mehrheit des Reichstags und der Regierung "aus Furcht vor der Sozialdemokratie" gemachten Konzessionen solle man lediglich als "Abschlagszahlungen" betrachten.¹⁰

Singer erklärte eindeutig, dass die Aufgaben der Sozialdemokratie nur dadurch erfüllt werden können, "daß man den Kampf gegen die bestehende Gesellschaft organisiert, daß man mit der Errichtung der sozialistischen Gesellschaftsorganisation die Todfeindin des Proletariats, die bürgerliche Gesellschaft, beseitigt und mit dem Klassenstaat zugleich die Klassengegensätze aus der Welt schafft". An dieser Stelle ertönte ein lautes "Bravo!" "Daß neben dieser Aufgabe auch die nächsten Forderungen der Partei mit Energie betrieben werden, ist so selbstverständlich", sagte Singer weiter, "daß ich es nicht erst noch zu betonen brauche."¹¹

Paul Singer vernachlässigte die Tagesaufgaben zu keinem Zeitpunkt. Das bewies nicht zuletzt seine fast drei Jahrzehnte währende unermüdliche Tätigkeit als Vorsitzender der sozialdemokratischen Fraktion in der Berliner Stadtverordnetenversammlung.

In seinen Schlussbemerkungen auf dem Erfurter Parteitag sagte Singer: "Sie haben, indem Sie das Ihnen von der Kommission vorgelegte Programm angenommen haben, erklärt, daß unser Endziel die Beseitigung der bürgerlichen Gesellschaft, die Aufhebung der Klassenherrschaft und die Errichtung der sozialistischen Gesellschaftsordnung ist. Sie haben erklärt, daß der politische Kampf um die Forderungen, welche in unserem Programm als die nächsten bezeichnet sind, nur deshalb geführt wird, um unsere Partei, um die Arbeiterklasse für den Kampf um das letzte Ziel zu stärken." Für diese Worte bekam er lebhaften Beifall. Ein "Bravo" folgte beim nächsten Satz: "Ich kann den Worten unseres Genossen Liebknecht in Bezug auf das Programm nichts weiter hinzufügen, als die feste Zuversicht, daß auch dieses neue Programm ein Leitstern im Kampf, ein Führer zum Siege sein wird."¹²

Diese große Siegeszuversicht Paul Singers vor nunmehr 120 Jahren kann ich leider nicht voll teilen. Schließen möchte ich daher mit einem Zitat von Ove Lien aus dem "Eulenspiegel": "Links-partei-vorsitzende Gesine Löttsch verkündete", schrieb er, "der Kapitalismus sei nicht das Ende der Geschichte. Wenn er so weiter macht, dann vielleicht doch."¹³

Anmerkungen

- 1 Vgl. Ursula Reuter: Paul Singer (1844 - 1911). Eine politische Biographie, Düsseldorf 2006, S. 234 f.
- 2 Bundesarchiv, Stiftung der Parteien und Massenorganisationen der DDR (im folgenden BArch, SAPMO), NY 4034/192, zitiert nach: U. Reuter: Paul Singer, a.a.O., S. 235.
- 3 Karl Marx/Friedrich Engels, Werke, Bd. 22, Berlin 1972, S. 235.
- 4 Vgl. 13 Thesen des "forum demokratischer sozialismus" (fds) zum Entwurf der Partei DIE LINKE. Beschlossen vom Bundesvorstand des fds am 28. August 2010, S. 3.
- 5 Vgl. U. Reuter: Paul Singer, a.a.O., S. 238.
- 6 Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Abgehalten zu Erfurt vom 14. bis 20. Oktober 1891, Berlin 1891 (im folgenden Protokoll Erfurt 1891), S. 81.
- 7 Vgl. Geschichte der revolutionären Berliner Arbeiterbewegung, Bd. 1, Berlin 1987, S. 351; U. Reuter: Paul Singer, a.a.O., S. 236 f.
- 8 BArch, SAPMO, NY 4034/192, zitiert nach: U. Reuter: Paul Singer, a.a.O., S. 237.
- 9 Protokoll Erfurt 1891, S. 198.
- 10 Vgl. ebenda, S. 199.
- 11 Ebenda, S. 200.
- 12 Ebenda, S. 359 f.
- 13 Vgl. Ove Lien: Ende der Geschichte, in: Eulenspiegel, Nr. 8, 2011, S. 12.

Prof. Dr. Ursula Herrmann

Der sozialdemokratische Arbeiterverein von Lichtenberg-Friedrichsberg und das Erfurter Programm

Auf der Niederbarnimer Kreiskonferenz zur Vorbereitung des Parteitags 1896 stellten die "Sozialdemokraten von Friedrichsberg" folgenden Antrag: "Der Parteitag möge beschließen, das Parteiprogramm mindestens alle drei Monate in den Parteiblättern zu veröffentlichen."¹ Der Antrag wurde aus Zweckmäßigkeitsgründen abgelehnt; das Programm stehe allen als Sonderdruck zur Verfügung. Der Antrag zeigt aber, wie hoch die Sozialdemokraten von Lichtenberg-Friedrichsberg das Erfurter Programm als Richtschnur ihres Handelns schätzten. Das beweist im einzelnen ein Protokollbuch dieser sozialdemokratischen Organisation, das für die Zeit von März 1893 bis Mai 1901 überliefert ist. Ich habe es kürzlich veröffentlicht.²

Die Sozialdemokraten von Lichtenberg-Friedrichsberg - das damals kurz hinter dem Frankfurter Tor begann³ - besaßen beachtlichen Einfluss. Bei den Reichstagswahlen 1893 siegte Arthur Stadthagen⁴ im Kreis Niederbarnim in der Stichwahl mit 51 Prozent der Stimmen, in Lichtenberg-Friedrichsberg-Wilhelmsberg mit 76 Prozent. Bei der Reichstagswahl 1898 gaben rund 10 Prozent der Gesamtbevölkerung von Lichtenberg-Friedrichsberg-Wilhelmsberg den Sozialdemokraten ihre Stimme.

In dem Wirken und Entfalten dieser Ortsorganisation widerspiegelt sich der Entwicklungsprozess der sozialdemokratischen Partei insgesamt unter Leitung von August Bebel, Wilhelm Liebknecht und Paul Singer, die in Friedrichsberg auch auf Volksversammlungen sprachen. Dem zunehmenden Einfluss lag ein rasanter industrieller Aufschwung im Deutschen Reich mit einer stark anwachsenden Arbeiterbevölkerung zugrunde. In Lichtenberg-Friedrichsberg-Wilhelmsberg verdoppelte sich die Einwohnerzahl von 22 905 im Jahr 1890 auf 43 371 im Jahr 1900.⁵ Die Mitgliederzahl der Ortsorganisation, die am 16. Februar 1891 gegründet worden war, wuchs von 140 im Jahr 1892 auf 486 am Ende des Protokollzeitraums 1901.

Das Wirken der Sozialdemokraten von Lichtenberg-Friedrichsberg fußte auf der Gesamtheit des Erfurter Programms. Direkt als Thema stand das Erfurter Programm drei Mal auf der Tagesordnung, am 16. Oktober 1894, am 19. Juli 1898, unmittelbar nach der Reichstagswahl, und am 18. Juli 1899. Zu diesen Zeitpunkten prägten Auseinandersetzungen mit reformistischen Vorstöße-

Ben die Debatten in der Gesamtpartei. 1894 richteten sich die Auseinandersetzungen gegen die Budgetbewilligung im bayerischen Landtag und um die Agrarfrage, 1898 und 1899 gegen den Revisionismus Bernsteins. Die konkrete Verbindung zu diesen Debatten ist in den Protokollaufzeichnungen nicht abzulesen, sie war aber zweifellos gegeben. Der Protokollant hielt 1894 fest: "Der Redner verstand es meisterhaft, den Versammelten die einzelnen Punkte des Parteiprogramms auseinanderzusetzen."⁶ Bei der Versammlung von 1898 sind im Protokoll die Grundsätze des ersten Programmteils über die gesellschaftliche Entwicklung skizziert. Eingangs heißt es: Der Referent "führte aus, dass die Grundlage des für die Arbeiterpartei heute geltenden, auf dem Erfurter Parteitag 1891 angenommenen Programms das Kommunistische Manifest sei, welches von Marx und Engels ... entworfen und veröffentlicht sei."⁷

Die Sozialdemokraten von Lichtenberg-Friedrichsberg verurteilten den Revisionismus. Sie standen hinter der entsprechenden Resolution der Niederbarnimer Kreiskonferenz vom 9. September 1899, die Arthur Stadthagen verfasst hatte. Im Protokoll des Parteitags der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands 1899 wird diese Resolution sogar als Antrag der "Parteigenossen in Friedrichsberg bei Berlin" bezeichnet.⁸

Diese Resolution lautete: "Der Parteitag wolle erklären: Es liegt keinerlei Grund zu irgendeiner Änderung der Grundanschauungen oder der Taktik der Partei vor. Von den Vertretern der Partei muss verlangt werden, dass sie fest und entschieden im Sinne des Parteiprogramms wirken und das Endziel der Vergesellschaftung der Produktionsmittel in den Vordergrund stellen, um das sozialistische Bewusstsein der Massen zu wecken und zu stärken. Es ist zu verwerfen, von dem Gerechtigkeitsgefühl der bürgerlichen Parteien etwas zu erwarten. Die Befreiung des Proletariats aus den Fesseln des Lohnsystems kann nur das Werk der Arbeiterklasse selbst sein. Es ist an der revolutionären Grundanschauung und an der revolutionären Taktik der Partei festzuhalten und jedem Versuch der Vertuschung des Klassenkampfcharakters entgegenzutreten." Der Antrag erledigte sich, indem die Resolution August Bebel's angenommen wurde.

Der Novembervortrag 1899 lautete denn auch "Der Marxismus und die Zukunft". Knapp heißt es dazu im Protokollbuch: Der Referent "führte den Mitgliedern die Lehren des Marxismus so klar und deutlich vor Augen, dass ihm die Versammlung lebhaften Beifall zollte".⁹

Auf dem Erfurter Programm fußte ebenso das Ringen des Arbeitervereins um demokratische Rechte innerhalb der bestehenden Gesellschaftsordnung sowie um Arbeiterschutzforderungen, und zwar durch Vorträge wie durch politisches Handeln. Das ist im Einzelnen aus dem Protokollbuch und aus den Berichten über Volksversammlungen in der sozialdemokratischen Presse zu ersehen. Hierbei handelten die Sozialdemokraten von Lichtenberg-Friedrichsberg im Einklang mit der Berliner Parteiorganisation, der stärksten im Deutschen Reich. Das zeigte sich unter anderem bei der Abwehr der Umsturzvorlage 1895, des Kleinen Sozialistengesetzes 1897 und der Zucht-hausvorlage 1899.

Vielfach spiegelt sich in den Versammlungen Punkt 5 der nächsten Forderungen des Programms wider: "Abschaffung aller Gesetze, welche die Frau in öffentlich- und privatrechtlicher Beziehung gegenüber dem Manne benachteiligen". Verwiesen sei auf die Versammlungen 1896 während der Debatten um das Bürgerliche Gesetzbuch. So oft wie möglich zitiere ich mit genauer Quellenangabe den sozialdemokratischen Antrag zum BGB: "In allen das gemeinschaftliche eheliche Leben betreffenden Angelegenheiten sind beide Ehegatten gleichberechtigt."¹⁰ Beschlossen wurde das alleinige Entscheidungsrecht des Mannes, was in der BRD bekanntlich erst 1958 aufgehoben wurde.

Zusammenfassend sei hervorgehoben:

Diese sozialdemokratische Ortsorganisation bestätigt auf lokaler Ebene, was wir für die Geschichte der Gesamtpartei herausgearbeitet haben: dass sich die Sozialdemokratie in den 90er Jahren des 19. Jahrhunderts zu einer marxistischen Massenpartei entwickelte.

Das Protokollbuch verdeutlicht, welche hohe Wertschätzung die Partei dem Wissen ihrer Mitglieder um die gesellschaftlichen Prozesse zumaß. Bildung erfolgte also nicht nur durch die Berliner Arbeiterbildungsschule oder in den Leseabenden der Friedrichsberger. In der Regel war jede Mitgliederversammlung mit einem Bildungsthema verbunden.

Das Protokollbuch widerspiegelte das innerparteiliche Leben: Begeisterung und Leidenschaft, Selbstbewusstsein und Ideenreichtum, tagtägliche Kleinarbeit. Es unterstreicht die demokratische

Struktur der Parteiorganisation. Es zeigt, wie die Erfolge aus dem Engagement der Basis resultieren, zugleich aber aus der engen Wechselwirkung von Zentrale und Basis.

Für die Linzer Tagungen wurde als Rahmenthema formuliert: "Arbeiterbewegung und soziale Bewegungen als Triebkräfte der Entwicklung von Gesellschaften und Persönlichkeiten". Das bestätigt sich im Wirken des sozialdemokratischen Arbeitervereins von Lichtenberg-Friedrichsberg.

Anmerkungen

- 1 "Volksblatt, 25. September 1896; Konferenz am 19. September 1896.
- 2 Ursula Herrmann: Aus dem Alltag eines Arbeitervereins 1891 bis 1901. Der sozialdemokratische Arbeiterverein von Lichtenberg-Friedrichsberg in Protokollen und Berichten, Berlin 2011, 227 S.
- 3 Zur Geschichte und Ausdehnung von Friedrichsberg, einem Teil des Dorfes Lichtenberg, vgl. Wanja Abramowski: Das vergessene Friedrichsberg. In: mont klamott. Friedrichshainer Geschichtsverein Hans Kohlhasse, 7. Jg., Nr. 72, Berlin 2011, 44 S.
- 4 Zu Stadthagen neuerdings Holger Czitrich-Stahl: Arthur Stadthagen. Anwalt der Armen und Rechtslehrer der Arbeiterbewegung. Biographische Annäherungen an einen beinahe vergessenen sozialdemokratischen Juristen, Frankfurt/Main u. a. 2011, 679 S. Es handelt sich hier um eine wissenschaftlich sehr fundierte, quellenintensive Arbeit über ein führendes Mitglied der Sozialdemokratie, das entsprechend dem Marxismus des Erfurter Programms wirkte.
- 5 Vgl. Statistisches Jahrbuch der Stadt Berlin 1902, 26. Jg., Statistik des Jahres 1899 nebst Theilen von 1900, einschließlich der Volkszählung, Berlin, S. 198.
- 6 U. Herrmann, S. 62.
- 7 Ebenda, S. 124/125.
- 8 Vorwärts, 12. September 1899. Vgl. Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Abgehalten zu Hannover vom 9. bis 14. Oktober 1899, Berlin 1899, S. 62.
- 9 U. Herrmann, S. 158.
- 10 Stenographische Berichte des Deutschen Reichstags, 9. Legislatur-Periode, IV. Session, Dritter Anlagenband, Berlin 1896, S. 2051.

Holger Czitrich-Stahl

Arthur Stadthagens Beitrag als Rechtsexperte der SPD-Reichstagsfraktion zum Erfurter Programm auf dem Erfurter Parteitag

Arthur Stadthagen vertrat seit der Reichstagswahl von 1890 bis zu seinem Tod am 5. Dezember 1917 den Wahlkreis Potsdam 6 Niederbarnim für die SPD, seit 1916 für die SAG/USPD, im Deutschen Reichstag. Er war der erste Volljurist, der ein Abgeordnetenmandat für die Sozialdemokratie erkämpfte. Bis 1897, als Hugo Haase in den Reichstag nachrückte, wirkte Stadthagen als einziger Jurist in der Reichstagsfraktion.

Arthur Stadthagen wurde am 23. Mai 1857 in Berlin geboren. Er besuchte das Friedrichs-Gymnasium und die Friedrich-Wilhelm-Universität in Berlin, wo er Rechtswissenschaft studierte. 1884 wurde Stadthagen Rechtsanwalt. Wahrscheinlich im Jahr 1884 trat er der Sozialdemokratie bei und engagierte sich besonders für Arbeiter und Arbeiterfrauen, die er oft verteidigte. Schon bald erregte er deshalb die Gemüter seiner konservativen Kollegen, die ihn 1892 per Ehrengerichtsurteil aus der Anwaltskammer ausschlossen, weil er sich politisch gegen deren sozial und politisch motivierte konservative Rechtsprechung geäußert hatte. Seinem vielhundertfachen Einsatz für die kleinen Leute Berlins und Umgebung verdankte er seinen Ruf als "Anwalt der Armen".

Schon 1889 wurde er in Berlin zum Stadtverordneten gewählt. Außerdem wirkte Arthur Stadthagen von 1893 bis 1916 als Mitarbeiter, Rechtsberater und Redakteur des sozialdemokratischen "Vorwärts". Seit 1906 unterrichtete er zudem an der Parteischule der SPD in Berlin, wo er Rechtsfragen erarbeitete und Arbeitsrecht unterrichtete. Hierzu und zum Bürgerlichen Recht verfasste er seine bekanntesten Bücher in den Jahren 1895 und 1900, "Das Arbeiterrecht" und "Führer durch das Bürgerliche Gesetzbuch". Nicht zuletzt hatte der Marxist Stadthagen nämlich kritisch an der Endfassung des "Bürgerlichen Gesetzbuches" von 1896 mitgearbeitet, unterstützt von seinem Genossen Karl Frohme (Hamburg).¹

In diesem kurzen Beitrag soll Stadthagens Anteil an der Erarbeitung der Endfassung des "Erfurter Programms" der SPD vom Oktober 1891 aufgewiesen werden.

Die Dialektik von sozialistischer Perspektive und systemimmanenter Praxis steht in einem nicht trennbaren Zusammenhang und war auch für nachfolgende Generationen von marxistischen Sozialdemokraten selbstverständlich. Wenngleich jedoch die zum Ausdruck kommende Vorstellung von einer Naturnotwendigkeit des Sozialismus nicht zu Unrecht als mechanistisch kritisiert werden kann, handelt es sich im Falle des Erfurter Programms um ein marxistisches Programm in der Theorie und in der praktischen Absicht: Jedes realpolitisch erreichte Ziel sollte, da es stets gegen die zum Teil erbitterten Widerstände des Kapitals und der Herrschenden erkämpft werden musste, die Bildung von Klassenbewusstsein und die Stärkung der politischen und gewerkschaftlichen Organisation fördern. Diese ideologische und strategische Orientierung kennzeichnete zeitlebens das Wirken Stadthagens als Rechts- und Sozialpolitiker.

Arthur Stadthagen stellte zum Erfurter Parteitag insgesamt fünf Änderungsanträge zum zweiten Abschnitt des Programmentwurfs des Parteivorstandes (kurz- und mittelfristige Forderungen) und zwei Änderungsanträge zum dritten Abschnitt (Arbeiterschutz).²

Konkret forderte Stadthagen zum zweiten Abschnitt:

Ziffer 3.: Ersetzung der Formulierung "Entscheidung über Krieg und Frieden durch die gewählten Vertreter des Volkes. Einrichtung eines internationalen Schiedsgerichts" durch "Entscheidung über Krieg und Frieden durch das Volk".

Ziffer 5.: Zusatz: "Trennung der Kirche vom Staat und Erklärung der Religion zur Privatsache".

Ziffer 6.: Zusatz: "Die Zugänglichkeit aller Unterrichtsanstalten Allen."

Ziffer 8.: Zusatz: "Aufhebung des Anwaltszwanges und Entschädigung für unschuldig Angeklagte, Verhaftete und Verurtheilte."

Ziffer 10.: Statt "stufenweis steigende Einkommen, Kapital- und Erbschaftssteuer" zu setzen: "stufenweis unter Berücksichtigung der Art des Gewerbes steigende Einkommenssteuer."

Seine Änderungen zum dritten Abschnitt des Entwurfs lauteten:

Ziffer 1b.: Ergänzung: "Für Kinder von 14 - 18 Jahren darf die Arbeitszeit höchstens 6 Stunden betragen."

Ziffer 5.: Ergänzung: "Zum Schutz der persönlichen Freiheit des Arbeiters die Aufhebung aller Bestimmungen, welche für den Fall der Nichtinnehaltung des Arbeitsvertrages seitens dessen, der seine Arbeitskraft verdingt hat, Nachtheile für den Arbeiter festsetzen."

Betrachtet man abschließend die Formulierungen des beschlossenen Programms, das in der Hauptsache auf dem Entwurf von Kautsky und Bernstein in der "Neuen Zeit" beruhte, so kann man feststellen, dass einige von Stadthagens Änderungsanträgen Eingang fanden. Im Einzelnen gilt dies für die Trennung von Kirche und Staat in der Ziffer 6 des zweiten Abschnittes, der inhaltlich der Ziffer 5 des Parteivorstandsentwurfs entsprach, für die Öffnung aller Schulformen für alle Kinder (Ziffer 7 neu, Ziffer 6 Entwurf), und für die Entschädigungsklausel im Falle Unschuldiger (Ziffer 8). Keine Aufnahme fanden seine Anträge zu Ziffer 3 und Ziffer 10. Auch unberücksichtigt blieben seine Anträge zum dritten Programmabschnitt.³

Ansonsten vermerkt das Protokoll des Parteitages lediglich eine Äußerung Stadthagens zur Bestimmung der Delegiertenzahl der Untergliederungen für den Parteitag nach dem Proportional-system. Stadthagen, Paul Singer und Karl Frohme lehnten eine Änderung des Organisationsstatuts von 1890 in diesem Punkte ab.⁴

Das frisch beschlossene Programmdokument, das die politische Arbeit der Sozialdemokratie in den folgenden Jahrzehnten begleitete, das "Erfurter Programm" von 1891, fiel mit Stadthagens Aufstieg zum Rechtslehrer und Rechtspolitiker der Arbeiterbewegung zusammen. In jenem Abschnitt, der im Rahmen der kapitalistischen Gesellschaft die nächstliegenden Ziele der Arbeiterbewegung auf dem Wege der Transformation der kapitalistischen in eine sozialistische Gesellschaft fixierte und damit eine Dialektik von praktischer Politik und sozialistischer Perspektive widerspiegelte, die später durch die Dominanz des Reformismus aufgelöst wurde, lesen wir unter Punkt 8: "Unentgeltlichkeit der Rechtspflege und des Rechtsbeistands. Rechtsprechung durch vom Volk gewählte Richter. Berufung in Strafsachen, Entschädigung unschuldig Angeklagter, Verhafteter und Verurtheilter. Abschaffung der Todesstrafe."

Man kann aus diesen von Eduard Bernstein stammenden Formulierungen zwar nicht schlussfolgern, dass dieser sie von Stadthagen übernommen oder sie mit ihm abgesprochen hatte, aber durchaus annehmen, dass sie in seinem Sinne verfasst wurden. Denn der Anwalt der Armen und angehende Rechtslehrer der deutschen Arbeiterbewegung jener Jahre, Arthur Stadthagen, stand

mit seinem Wirken, seinen Konflikten mit der Klassenjustiz und mit seinem praktischen Engagement für die Unterprivilegierten der Klassengesellschaft mit seiner ganzen Persönlichkeit für diese Forderungen des Erfurter Programms der Sozialdemokratie in der Phase ihres Aufstiegs.

Anmerkungen

- 1 Holger Czitrich-Stahl: Arthur Stadthagen - Anwalt der Armen und Rechtslehrer der Arbeiterbewegung, Biographische Annäherungen an einen beinahe vergessenen sozialdemokratischen Juristen, Frankfurt am Main u. a. 2011.
- 2 Synopse hier aus dem Abdruck des Entwurfs des Parteivorstandes, in: MEW, Bd. 22, S. 596 ff. und dem "Vorwärts" vom Oktober 1891, der alle Änderungsanträge auflistete.
- 3 Dowe/Klotzbach (Hrsg.): Programmmatische Dokumente, Erfurter Programm, S. 188 f.; MEW, Bd. 22, S. 597 f.
- 4 Landesarchiv Berlin, A Pr Br Rep 030, Nr. 9434, Blatt 114, "Vorwärts" vom 20. Oktober 1891.

Die nächsten Veranstaltungen des Arbeitskreises

Donnerstag, 17. November	Chinas Kampf um eine neue Welt Einführung: Prof. Dr. Helmut Peters
Donnerstag, 8. Dezember	Massenaktivitäten und Wahlergebnisse 2011 - eine linke Bilanz Einführung: Dr. Hans Modrow
Donnerstag, 19. Januar 2012	Befreiung oder Versklavung? Polnische Sichten auf die Befreiung vom Faschismus 1944 Einführung: Prof. Dr. Eckart Mehls

Beginn jeweils **16.00 Uhr** in **Berlin-Weißensee, Pistoriusstr. 24** (am Pistoriusplatz)

Vorankündigung

Der Marxistische Arbeitskreis zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung bei der Partei DIE LINKE, die Geschichtskommission beim Parteivorstand der DKP, die Marx-Engels-Stiftung e.V. Wuppertal und die Reaktion *junge Welt*, Berlin, veranstalten in Berlin am Sonnabend, dem

31. März 2012

eine **Konferenz** zum Thema

Konnte die faschistische Diktatur in Deutschland verhindert werden?

Die Konferenz tagt von **10.30** bis 18.00 Uhr.

Tagungsort: Berlin-Lichtenberg, Begegnungsstätte *Undine*,
Hagenstr. 57 (Nähe Regional-, S- und U-Bahnhof Berlin-Lichtenberg)

(*Vollständige Einladung in der Geschichtskorrespondenz, Januar 2012*)

Kontaktadressen:

Dr. Siegfried Ittershagen, Philipp-Jacob-Rauch-Str. 4, 12559 Berlin, Tel. 030-6597079
Prof. Dr. sc. Heinz Karl, Am Faulen See 26, 13053 Berlin, Tel. 030-9866574